

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepal. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brep. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Nach der Annahme des Youngplanes.

Die kommenden wirtschaftlichen Entscheidungen.

Die endgültige Regelung der Reparationsfrage, der sogenannte Youngplan, ist am 12. März 1930 vom Deutschen Reichstag angenommen worden. Für die Annahme stimmten 265 Abgeordnete, 192 dagegen. Die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien Deutschlands sind damit vorläufig beendet. Die Mehrheit der Abgeordneten des deutschen Volkes hat sich für die Annahme des Youngplanes entschieden, der von den Andersgesinnten als das Dokument der ewigen Versklavung Deutschlands bekämpft wurde.

Zweifellos haben auch die Reichstagsabgeordneten, die bei der Abstimmung über den Youngplan mit „Ja“ stimmten, nicht leichten Herzens ihre Einwilligung gegeben. Auch nach den Bestimmungen des Youngplanes hat das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus schwere Lasten zu tragen. Aber es ist ganz sicher, daß der Youngplan immerhin das kleinere Übel gegenüber dem Dawesplan ist. Der Youngplan setzt die durchschnittlichen jährlichen deutschen Reparationsleistungen mit 2050 Millionen Mark fest. Das ist eine ungeheure Belastung, ganz gewiß, aber nach dem Dawesplan mußten mindestens 2500 Millionen jährlich gezahlt werden. Eine fühlbare Erleichterung ist also doch eingetreten. Und die Räumung des Rheinlandes, die am 30. Juni d. J. beendet sein soll, ist doch auch ein nicht zu unterschätzender Vorteil, da dadurch die Souveränität des Reiches wieder voll hergestellt wird. Selbstverständlich waren die mannigfachen Vorteile, die der Youngplan gegenüber dem Dawesplan enthält, auch den nationalistischen Äußern im Streit gegen „die ewige Versklavung Deutschlands“ bekannt. Darin zeigt sich ja aber gerade die grenzenlose Demagogie dieser Leute, die dem Dawesplan zustimmten, obwohl er viel härtere Bedingungen enthielt als der Youngplan. Aber damals waren sie ja an der Regierung beteiligt. Heute sind diese Parteien in der Opposition, und es ist bekanntlich immer noch leichter gewesen, zu kritisieren als es besser zu machen. Gewiß ist durchaus kein Grund vorhanden, aus Anlaß der Annahme des Youngplanes Freudenfeste zu feiern. Niemand weiß besser als die Arbeiterschaft, daß die Reparationsleistungen auch auf ihre Lebenshaltung einen sehr fühlbaren Druck ausüben müssen. Aber es war ja gar kein anderer Ausweg möglich, als den Youngplan anzunehmen. Die Rechtsopposition verhielt immer wieder, anscheinend sehr bewußt, daß das deutsche Volk den Krieg verloren hat, richtiger gesagt, daß das kaiserliche Deutschland, und das wurde doch durch die heutigen „nationalen“ Parteien dargestellt, den größten aller Kriege verloren hat und daß die deutsche Republik nun für die furchtbaren Sünden des Kaiserturns büßen muß. Und wenn dazu von den Rechtsparteien gesagt wird: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“, dann muß doch darauf hingewiesen werden, daß das für einen einzelnen „Deutschnationalen“ vielleicht möglich ist (aber die meisten verzichten in edler Bescheidenheit auch darauf!), wie stellen sie aber sich das Ende mit Schrecken für ein 60-Millionen-Volk für Frauen und Kinder vor? Diese schönen Worte im Munde der nationalistischen Opposition sind nichts weiter als eine gedanken- und verantwortungslose Phrase.

Der schmerzlichste Schlag war für sie aber, daß der Reichspräsident den Gesetzentwurf über den Youngplan unterzeichnete und ihm damit Gesetzeskraft verlieh. War nicht Hindenburg ihre letzte Hoffnung, der Mann, den sie als der Retter Deutschlands gepriesen hatten, als er sich auf wiederholtes Drängen herbeiließ, Präsidentschaftskandidat zu werden? Selbstverständlich ist Hindenburg nun bei allen „wahrhaft national Gesinnten“ untendurch: „Stahlhelm ruft passé, Hitler winkt Adieu!“ Das zeigt die wahre Gesinnung dieser guten Leute: Und der „König“ absolut, wenn er unsern Willen tut! Wir gönnen ihnen die schmerzliche Enttäuschung von Herzen.

Durch die Annahme des Youngplanes sind nun, von der politischen Seite gesehen, die Voraussetzungen für die äußerst notwendige Stabilität und die ruhigere Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft geschaffen worden. Die unklare Lage des Geldmarktes ist beseitigt, das Ausland wird wieder mehr Vertrauen zu Deutschland haben, nachdem es nun gesehen hat, daß im deutschen Volke der ernsthafte Wille für eine friedliche Verständigung besteht und die Sicherheiten für ruhige internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gegeben sind. Eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Verminderung der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist nun schon mit viel größerem Rechte zu erhoffen. Unbedingte Voraussetzung dazu ist allerdings die Ordnung der Reichsfinanzen. Das wird eine schwere Aufgabe der Regierung sein, aber sie muß gelöst werden, wenn nicht eine Dauerkrise eintreten soll, die unüberschbare Katastrophen mit sich bringen muß.

Überhaupt werden die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, vor die die Regierung in der nächsten Zeit gestellt werden wird, nicht minder bedeutungsvoll und schwerwiegend sein als die außenpolitischen, die jetzt getroffen wurden. Nun werden die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, die Kämpfe um die

Verteilung der Lasten, erst anheben. Und da müssen die deutschen Arbeiter und die Gewerkschaften als deren berufene Vertreter scharf auf der Wacht sein, daß nicht zuletzt doch noch alles dem deutschen Arbeiter aufgebürdet wird, wenn auch in anderer Form, als es vorher beabsichtigt war. Gewiß werden sich Belastungen der Arbeiterschaft auch in der neuen Steuergesetzgebung nicht ganz vermeiden lassen. Auf keinen Fall dürfen diese Belastungen aber zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitermassen führen. Politisch gesehen, hat die deutsche Arbeiterschaft nicht den geringsten Anlaß, nun ganz allein die Lasten und Tribute aus dem Weltkrieg zu tragen, aus einem Kriege, den die deutsche Arbeiterschaft nicht gewollt und nicht verloren hat. Und für die Finanzlage des Reiches kann die Arbeiterschaft ebensowenig verantwortlich gemacht werden. Das ist noch eine Erbschaft, die die Rechtsregierung hinterließ. Wir haben keinen Grund, für die Sünden anderer nun neue finanzielle Belastungen auf uns zu nehmen, wir wollen auch nicht, daß die Rationalisierung ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird und daß die Arbeiterschaft für die von ihr erarbeiteten Gewinne der Wirtschaft nun Arbeitslosigkeit und Abbau der Sozialversicherung eintauscht. Die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung müssen nun endlich aufhören, nicht Abbau, sondern Ausbau ist unsere Forderung.

sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Verschiedene deutsche Arbeiterkatter schlagen einen noch schärferen Ton an. So lesen wir in einem Artikel des Berliner „Vorwärts“: „Die Zeit ist reif für die Fünftagewoche, wenn auch vielleicht im unmittelbaren Augenblick die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten unüberwindlich erscheinen. Arbeit über acht Stunden ist in einer Zeit, wo dreieinhalb Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen, eine Barbarei, eine Gewissenlosigkeit.“ Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt in einem der Fünftagewoche gewidmeten Artikel: „Die Forderung nach dem Achtstundentag muß durch die Forderung nach dem Siebenstundentag oder der fünf-tägigen Arbeitswoche abgelöst werden. In fünf Tagen hat heute der Arbeiter sein gesellschaftlich notwendiges Werk vollkommen verrichtet. Am sechsten und siebenten Tag aber soll er kein Werk tun, sondern die Früchte seiner Arbeit genießen, damit auch er Mensch sei und die Beschäftigungslosen Arbeit finden und Brot. Angesichts der ungeheuren, immer zunehmenden Beschäftigungslosigkeit ist ein tatkräftiger Anlauf zur Verwirklichung der fünf-tägigen Arbeitswoche sehr geboten. Es darf nicht mehr länger zugelassen werden, daß ein Teil der Arbeiterschaft immer unmenschlicher schafft, während der andere Teil überhaupt nichts zu schaffen hat und müßig auf den Straßen liegen muß. Freilich ist für diese Reform die internationale Aktion äußerst wünschenswert. Und dem Internationalen Gewerkschaftsbund winkt hier eine sehr dringliche Aufgabe. Ehe er sich aber in dieser Sache schlüssig werden kann, sollte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund alle seine Kräfte für die Reform mobilisieren.“

Betrachtet man die Dinge vom internationalen Standpunkt aus, so muß man sich unter Berücksichtigung aller von Land zu Land vorhandenen Verschiedenheiten vor allem fragen, wann der richtige Augenblick einer neuen, für die ganze Welt geltenden Lösung gekommen ist. Bei mancher schön klingenden Parole hat es sich in den letzten Jahrzehnten herausgestellt, daß sie mehr schadet als nützt, wenn sie verfrüht herausgegeben wird. Zuviel Zeit und Energie ist in manchen Fällen mit der bloßen Rückführung allzu weitgehender Forderungen auf ein erreichbares Maß verlorengegangen! Man ist deshalb mit „Forderungen auf weite Sicht“ äußerst vorsichtig geworden. Denn man weiß, daß sie oft die Aufmerksamkeit von den unmittelbaren Tagesaufgaben ablenken, falsche Perspektiven ergeben und die auf sofortige Verbesserungen hinzzielenden Aktionen lähmen. Es wirkt nicht gerade ermutigend, wenn man dauernd ein zwar schönes, aber fernliegendes Ziel vor Augen hat, während man jeden Tag feststellen muß, daß selbst das nahe Ziel, dessen Bedeutung natürlich durch das ferne Ziel verdunkelt wird, so schwer zu erreichen ist.

Dies gilt auch für die Arbeitszeitfrage. Natürlich muß es als Unfug und als wirtschaftlich wie sozial in hohem Maße unlogisch und schädlich bezeichnet werden, daß bei rückgehender Produktion und durch die Mechanisierung gewaltig erhöhter Produktionskapazität der Arbeitszeitverkürzung irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt werden. Da in den großen Industrieländern die durch die Rationalisierung herbeigeführten erhöhten Produktionsmöglichkeiten oft kaum zu 60 bis 70 Prozent ausgenützt werden, würde eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne weiteres durchführbar sein und wahrscheinlich das Bild der Produktion kaum ändern, ja, es würde wahrscheinlich auch dann die Produktionskapazität in vielen Fällen noch nicht voll ausgenützt werden.

Es handelt sich jedoch, so weit die Arbeiterschaft in Betracht kommt, nicht um diese Erkenntnis, sondern darum, ob sie angesichts der mangelnden Erkenntnis und des schlechten Willens der Unternehmer wirksam in die Tat umgesetzt werden kann. Und da muß zunächst einmal gesagt werden, daß eine erfolgreiche Aktion in einer Zeit rückgängiger Konjunktur und gewaltiger Arbeitslosigkeit eine schwierige Sache ist. „Hungermärsche“ und Schießereien mit der Polizei ändern da wenig. Bedenkt man ferner, daß trotz Arbeitslosigkeit und Achtstundentag in vielen Ländern der Überstundenunfug — der zum Teil auch auf das Konto der Lässigkeit der Arbeiter zu setzen ist — noch äußerst große Dimensionen hat, und die achtstündige Arbeitszeit noch bei weitem nicht verwirklicht ist, so ist man geneigt, die Energie und die Kräfte der Gewerkschaften zunächst einmal für näherliegende Ziele in Anspruch zu nehmen.

Wie stellt sich, international betrachtet, die Lage zur Zeit dar? Auch heute noch, zehn Jahre nach der Annahme der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, ist dieses Übereinkommen, das der Grundpfeiler des Achtstundentages genannt wird, nur in sieben Ländern ratifiziert: Belgien, Bulgarien, Chile, Tschechoslowakei, Griechenland, Luxemburg und Rumänien.

Erkenntnis!

Erkenntnis schaffen ist die erste Pflicht.
Wer nicht erkennt, für den ergibt sich nicht
Das Ziel, das zu erstreben ist,
Das der Erfüllung Leben ist.
Aus der Erkenntnis reißt die Tat.
Und deshalb suche früh und spät
Dich zur Erkenntnis durchzuringen!
Ist erst der Drang zur Tat geweckt,
Dann wirst du durch die Tat erzwingen,
Das, was du dir als Ziel gesteckt!
Wenn wir erkennen, was wir wollen,
Dann wissen wir auch, was wir sollen!
Laetz.

Wo aber die Arbeiterschaft die Signale der Zeit verstanden hat, da wird sie durch ihre starken Gewerkschaften mit Erfolg den Forderungen auf der einen Seite den Lohnausgleich auf der anderen Seite entgegenstellen können. Dazu gehören allerdings schlagkräftige Gewerkschaften, die instande sind, sowohl den notwendigen Lohnausgleich zu schaffen als auch die sozialpolitischen Errungenschaften zu sichern und auszubauen. Ohne die sozialpolitischen Sicherungen für die Arbeiterschaft geht es gar nicht, und die Herrschaften, die die Sozialversicherung am liebsten ganz beseitigen möchten, sollten sich einmal vorstellen, was denn wohl in Deutschland geschehen würde, wenn man das ungeheure Heer der Arbeitslosen ganz ohne jede Unterstützung ließe. Daran wurden die Sozialreaktionäre wenig Freude haben. Also Vorsicht mit solchen Experimenten!

Mit der Reichstagsentscheidung am 12. März, den die „Deutsche Werksgemeinschaft“, das „Kampf“organ der werks-gemeinschaftlichen Arbeiterbewegung den schwärzesten Tag Deutschlands nennt, sind die parlamentarischen Kämpfe zu einem großen Teile beendet, die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen kommen noch, und sie werden nicht weniger bedeutungsvoll und erbittert sein, im Gegenteil, sie werden die Arbeiterschaft noch viel unmittelbarer berühren. Rufen wir uns dafür, indem wir unsere freien Gewerkschaften mit allen Kräften stärken und ausbauen!

Das internationale Problem der Arbeitszeitverkürzung.

Im Hinblick auf die riesige Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern sehen sich die Gewerkschaften verschiedener Länder erneut für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. So beschloß in England eine Konferenz von 30 Gewerkschaften, den Generatrat des Britischen Gewerkschaftsbundes aufzufordern, sich zugunsten der Einführung der fünf-tägigen Arbeitswoche und der 44stündigen wöchentlichen Arbeitszeit für die Arbeiter des Staatsdienstes auszusprechen. Der Sitzung kommt besondere Bedeutung bei, da sie vom Vorsitzenden der britischen Landeszentrale präsiert wurde.

In Deutschland befaßte sich kürzlich eine Sitzung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ebenfalls mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar im speziellen Zusammenhang mit dem Rationalisierungsproblem. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Der Bundesauschuß bezeichnet es als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik

Daß man von einem Achtstundentag in Bulgarien, Chile, Griechenland und Rumänien nicht sprechen kann, liegt auf der Hand. Bleiben also nur die Tschechoslowakei, Belgien und Luxemburg übrig, deren Gewerkschaften allzeit noch einen energischen Kampf gegen den Überstundenunfug zu führen haben. Was die beiden großen Industrieländer, Deutschland und Großbritannien, betrifft, von deren Ratifizierung eine Reihe von anderen Ländern die Ratifizierung abhängig gemacht hat, so ist wohl die Ratifizierung wiederholt versprochen worden; der Weg zu diesem Ziel scheint sich jedoch mit dem Näherkommen zu verlängern. Wohl haben der deutsche Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Auswärtigen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die Zustimmung zum Washingtoner Abkommen ausgesprochen wird. Da jedoch dieses Gesetz gleichzeitig mit dem Arbeitsschutzgesetz in Kraft treten soll und dieses Arbeitsschutzgesetz — wie schon das letzte Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ausführlich — frühestens im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden wird, wird ein entscheidender Schritt — wahrscheinlich auch in England! — erst erfolgen, wenn schon bald der Zeitpunkt erreicht ist, wo in Osnabrück neue Kämpfe bei der nunmehr statutarisch fälligen Durchprüfung der Konvention einsetzen werden.

Was für Deutschland gilt, nämlich, daß die Landeszentrale selber zunächst alle ihre Kräfte für die Reform mobilisieren soll, gilt auch für alle anderen Länder. Zunächst geht es überall darum, daß in den verschiedenen Gewerkschaften, je nach Möglichkeit und Umständen, ein energischer Kampf für die Einhaltung des Achtstundentages, die Vermeidung von Überstunden und schließlich für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit geführt wird. Trotz der in anderer Hinsicht ungünstigen Ausichten können auf diese Weise vereinzelt bei tatkräftigem Zugreifen da und dort sicher Erfolge erzielt werden. Jeder dieser Erfolge wird der allgemeinen Sache der Verkürzung der Arbeitszeit dienen und den Augenblick näherücken können, wo die Möglichkeit praktischer Resultate einer Parole auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens so nahe gekommen ist, daß sie nicht mehr in der Luft hängt.

Dieser Zeitpunkt ist vielleicht zur Zeit für die amerikanischen Gewerkschaften gegeben, obwohl auch in Amerika — entgegen den oft übertriebenen Meldungen — die Fünftagewoche noch eine große Ausnahme ist und sich nur über einzelne, oft sehr unbedeutende Betriebe erstreckt. Im Süden der USA wird auch heute noch fast allgemein zehn Stunden pro Tag gearbeitet. Noch vor ganz kurzer Zeit lobte ein Arbeiterblatt den Gouverneur von Nord-Carolina für seine Absicht, an Stelle eines Gesetzes über die 40stündige Arbeitswoche ein Gesetz betr. die 55stündige Arbeitszeit zur Annahme zu bringen. — Es ist deshalb auch kein Zufall, daß sich der letzte amerikanische Gewerkschaftskongress bei der Behandlung der Frage der Fünftagewoche speziell auf die Forderung der Einführung „der 44-Stunden-Woche für Mechaniker, gelernte und ungelernete Arbeiter, Helfer und Handlanger der wichtigsten industriellen Betriebe der Bundesregierung“ konzentrierte. Will man genau wissen, wie hoch der Prozentsatz der Mitglieder des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist, die fünf Tage pro Woche arbeiten, so findet man eine Übersicht im Bericht der Exekutive an den im Jahre 1928 (also in einer Zeit der Hochkonjunktur) in New Orleans abgehaltenen Kongress. Man kann daraus ersehen, daß, abgesehen von unwichtigen Betrieben, wie Granitarbeiter, Arbeiter der Abfallwirtschaft usw., die größten Quoten der fünf Tage beschäftigten Arbeiter auf Saisonarbeiter, d. h. Bekleidungsarbeiter und Betriebe des Baugewerbes, entfallen (Maler, Maurer usw.). Die genaue Zahl der fünf Tage (das heißt 40 Stunden) beschäftigten Mitglieder der A. F. of L. belief sich damals auf 165 000, bei einer Gesamtzahl von 8 076 550 in den USA beschäftigten Lohnarbeitern und zirka 3 000 000 Mitgliedern der A. F. of L.

Die Staf.

Ein wunderschönes Wort, und heißt ungekürzt „Stahlhelm-Selbsthilfe“. Man denkt da unwillkürlich an Stahlrücken, an Kleinkampfbewehrung, an Schlagschläger, Schlagringe, Revolver, Messer usw. Aber dieser Verdacht ist falsch. Es handelt sich tatsächlich um eine finanzielle Selbsthilfe der Stahlhelmbreiter, um ein Unterstützungssystem, ein Kampfmittel gegen die Gewerkschaften. In einem Merkblatt wird den Arbeitern erzählt, welche Vorteile ihnen durch die Mitgliedschaft beim großen Stahlhelm winken.

In dem Merkblatt wird erzählt, es soll der soziale Spargedanke in die Tat umgesetzt werden. Daß der Arbeiter, dem sein Einkommen schon nicht gestattet, sich und seine Familie richtig zu ernähren, sparen soll, ist ein ganz dummes Zeug, das nicht besser wird, wenn man den Arbeitlosen über Sparen einen Vortrag hält. Sparen, das ist die alte abgelebte Melodie der Unternehmer und all-herer, die auf Kosten der Arbeitenden ein angenehmes Leben führen.

Aber das Stahlhelm-Merkblatt spricht ja vom sozialen Sparen. Also, nicht der einzelne soll für sich sparen, sondern er soll seinen Pflanz in den großen Stahlhelmsopf legen. Und um hore wor... igende Pflanzigkeit des Merkblattes:

Die Mitgliedsbeiträge helfen bei ihr (der Stahlhelm-Selbsthilfe. Die Red.) keinen Kollektivbeitrag wie bei den Gewerkschaften, sondern bleiben persönliches Spargeld, jedes einzelnen Mitglieds.

Das klingt schön, aber es kommt gleich anders. Das „persönliche“ Spargeld bleibt für bestimmte Zeiträume gesperrt, sagt das Merkblatt.

Für verfügbar von dem jeweils vorhandenen persönlichen Spargeld sind:

- nach 10 Jahren 20 Prozent
- nach 15 Jahren 25 Prozent
- nach 20 Jahren 30 Prozent
- nach 25 Jahren 35 Prozent
- nach 30 Jahren 40 Prozent
- nach 35 Jahren 100 Prozent

Aber damit hat noch niemand etwas von seinem „persönlichen“ Sparguthaben in Händen. Es heißt nämlich dann:

„Bei Austritt oder Ausschluß erfolgt keine Auszahlung des Guthabens“

Das heißt also: Wer Mitglied des Stahlhelms wird, verzichtet auf seine persönliche Freiheit und macht sich zum Sklaven. Er muß sich die unwürdigste Behandlung gefallen lassen, sonst entzieht man ihm sein „persönliches“ Sparguthaben. Wir wissen ja, wie leicht beim Kommissar ein misliebiger „Gemeiner“ ins Loch fliegen konnte. Beim Stahlhelm hat man ja wohl ähnliche Praktiken zur Verfügung. Auch Frauen werden in die Stahlhelm-Selbsthilfe als Mitglieder aufgenommen.

„Das soziale Ziel der Stahlhelm-Selbsthilfe ist die Entproletarisierung der deutschen Menschen.“

Wir fassen die Sache so auf: Wer nicht zum Stahlhelm gehört, der wird in den von Stahlhelmlenten besetzten Betrieben in die Luft gesetzt, entlassen, dann ist er entproletarisiert. In manchen Betrieben wird heute schon so verfahren, z. B. bei der Deutschen Erdöl-W., Mineralwerke Kositz. Dort haben die gelben Stahlhelmer unter Ausnutzung der Krise eine intensive Agitation unter den freigewerkschaftlich organisierten entfaltet. Man droht mit Entlassung bei Weigerung des Eintritts in den „Staf“. In letzter Zeit ist mehreren der Entlassenen bei der Aushändigung der Papiere ein Stahlhelm-Merkblatt in die Hand gedrückt worden mit der vertraulichen Bemerkung, das Blatt durchzulesen und dann noch einmal vorzusprechen, vielleicht sei doch Arbeit vorhanden. Wegen solche Methoden muß sich die Arbeiterchaft wehren. Die Betriebsräte müssen dem Unfug steuern.

Auch

deine Mitarbeit bei der nun beginnenden Frühjahrsagitation können wir nicht entbehren. Die Aufgaben, die den Gewerkschaften in den nächsten Monaten gestellt werden, sind so groß und erfordern soviel Kraft und organisatorische Geschlossenheit, daß kein Kollege bei der kommenden Frühjahrsagitation seine Mithilfe verjagen darf. So mußst auch

Du

durch eifrige, unermüdete Werbearbeit dazu beitragen, den Verband durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Sage nicht, daß es „doch nichts nützt“ und daß du ja „nichts dafür kriegst“, wenn du dich in den Dienst der Organisation stellst und bei der Agitation mithilfst. Mit jedem einzelnen Mitglied, das du zum Verbandsführer vermachst, die die Erfolgsmöglichkeiten in den harten und unausbleiblichen Kämpfen, die die Organisation in der nächsten Zeit führen muß. Du

mußt

alle deine unorganisierten Kollegen im Betriebe davon zu überzeugen suchen, daß sie sich alle deinem Verbandsangehörigen anschließen müssen, wenn sie den Wünschen und Forderungen der Unternehmer auf Abbau der Löhne und der sozialpolitischen Errungenschaften einen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen wollen. Hilf deinem Verbandsführer durch unablässige Werbearbeit, desto mehr kann deine Organisation dir

helfen!

Was nützt uns die Diskontsenkung?

Die Senkung des Reichsbankdiskonts auf 5½ Prozent ist für die Belebung der Wirtschaft eine zweifellos sehr erfreuliche Tatsache. Sie war die Folge der Verflüssigung der Geldmärkte im Inland und im Ausland. Eine Verbilligung auf dem Geldmarkt hatte die Diskontsenkung nicht zur Folge, da die Sätze dort den neuen Diskontsatz bereits häufig unterschritten haben. W. Bankkredite der Wirtschaft wurden entsprechend billiger, da die Kundenkredite der Banken sich gewohnheitsgemäß nach den Sätzen des Reichsbankdiskonts richten. Somit bedeutet die dreimalige Diskontherabsetzung von 7 auf 5½ Prozent eine entsprechende Verbilligung der Betriebskredite. Indessen fehlt es der deutschen Wirtschaft an Anlagekapital. Deshalb erhebt sich die Frage, ob die Verbilligung der kurzfristigen Darlehen auch die Belebung der langfristigen Anlagen zur Folge haben wird. In sich wäre es zu erwarten, daß die niedrige Verzinsung der kurzfristigen Kapitalien die Kapitalbesitzer zur langfristigen Hergabe ihrer Kapitalien, die erheblich höhere Zinsen bringt, bewegen wird. Trotzdem trägt die Versorgung mit langfristigen Kapitalien auf große Schwierigkeiten. Der Aktienmarkt, die wichtigste Stütze für langfristige Anlagen, wird gemieden. Die Mißbräuche im Aktienwesen haben die Kapitalbesitzer zur Flucht aus der Aktie veranlaßt. Auch die Verhältnisse auf dem Renten- und Pfandbriefmarkt sind nicht danach, um die Anlagefähigkeit anzuregen. Die Aufnahme von langfristigen Anleihen im Ausland begegnet noch Hindernissen, die zum Teil in den Zuständen auf dem amerikanischen und französischen Kapitalmarkt, zum Teil aber in den inländischen Verhältnissen begründet sind. Das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft wurde künstlich erschüttert einmal durch die erfolgreiche Propaganda der Unternehmer in Steuer- und Finanzfragen, zum anderen durch die Wahlarbeit politischer Abenteurer, die die Gefahr einer Inflation aus propagandistischen Gründen an die Wand malten. Umfangreiche deutsche Kapitalien verließen das Land, und auch diese Kapitalflucht hat die Versorgung der Wirtschaft mit langfristigen Kapital stark beeinträchtigt. Was auch an Vereinfachung für Hergabe von Auslandsanleihen übrig blieb, wird von der verhängnisvollen Tätigkeit der Beratungs-

stelle, die Anleihen der öffentlichen Hand verbindert, künstlich ferngehalten. Unter solchen Umständen ist für die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft die Diskontsenkung der Reichsbank, so erwünscht diese auch war, weniger bedeutungsvoll als der Abschied eines Reichsbankpräsidenten, dem die Erschwerung der Kapitalversorgung Deutschlands in nicht geringem Maße zu verdanken ist. Wird sein Nachfolger sich von jenen einflussreichen Kreisen, die vom Reichsbankpräsidenten Schacht unterfüttert wurden, ebenfalls einspannen lassen und die gefährliche Kapitalpolitik von Schacht fortsetzen? Das Schicksal von Millionen Arbeitslosen hängt zum guten Teil davon ab, daß dieser eine solche Politik nicht verfolgt und, wenn er die Neigung hätte, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten, mit allen Kräften daran gehindert werde.

Bericht des Gau 4 über das Jahr 1929.

Zur Belebung der Agitation, besonders in der Ziegelindustrie Pommerns und Mecklenburgs, waren zwei Kollegen eingestellt. Von dem Ergebnis in Pommern waren wir, unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage in der Ziegelindustrie, befriedigt. Wir sind in Ziegeleibetrieben eingedrungen, wo wir bisher nicht Fuß fassen konnten. Weniger befriedigend war das Ergebnis in Mecklenburg.

Um uns und den einzelnen Zahlstellen die Agitation zu erleichtern, sind wir im Jahre 1929 dazu übergegangen, durch Verschmelzung eine Bezirkszahlstelle zu bilden und einzelne Zahlstellen an die bereits bestehende Bezirkszahlstelle Straßund anzugliedern. Die Zahlstellen Ducherow, Jahnitz und Adernmünde sind zu einer Bezirkszahlstelle verschmolzen. Die Zahlstellen Demmin, Lohj und Grimmen haben sich an die Bezirkszahlstelle Straßund angeschlossen.

Um die Agitation unter unseren Frauen und Mädchen vorwärts zu treiben, hatten wir die Kolleginnen Jammert (Sannover) und Rumberger (Braunschweig) für Versammlungen gewonnen. Aber die Erfolge in den gut besuchten Versammlungen müssen von den Zahlstellen besser ausgenutzt werden. Zur weiteren Belebung der Agitation unter den Frauen hatten wir zum 15. September 1929 eine Frauenkonferenz einberufen, in der die Kolleginnen Jammert und Rumberger referierten. Die Kolleginnen beteiligten sich in diesem Jahre schon mehr an den Schulungskursen in Wennigsen als bisher. Manche dieser Kolleginnen interessieren sich jetzt mehr für die Verbandstätigkeit als viele Kollegen, die die Verbandsschule besucht haben. Aber wir müssen auch endlich tüchtige Kolleginnen in die Verwaltung hineinwählen und sie heranziehen zur aktiven Mitarbeit.

Eine große Vernachlässigung haben wir betreffs der Gewinnung der Jugendlichen zu verzeichnen. Das muß im Jahre 1930 besser werden.

Es fanden 1929 zwei Zahlstellenleiter-Konferenzen statt, und zwar je eine für Pommern und Mecklenburg, auf denen der Kollege Adler (Sannover) über das Betriebsrätegesetz und das Arbeitsrecht referierte.

Der Mitgliederbestand im Jahre 1929 ist um 261 höher als im Jahre 1928. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß viele für uns zufällige Betriebe stillgelegt sind, wodurch den Zahlstellen jede Ausdehnungsmöglichkeit genommen wird, so kann man mit dem Gewinn noch zufrieden sein, obwohl in manchen Zahlstellen noch mehr in der Agitation getan werden kann.

Das wirtschaftlich ungünstige Jahr 1929 wollten die Unternehmer für sich ausnützen. Sie wollten die Löhne in unseren Provinzen abbauen, die nach einer Denkschrift der Landeshauptleute schon 35 v. H. unter dem Durchschnitt der übrigen Löhne des Reiches liegen. Unsere Antworten auf die Abbauwünsche der Unternehmer waren Lohnforderungen in Höhe von 10 Pf. pro Stunde. Wo uns die Verträge nicht von den Arbeitgebern gekündigt werden, haben wir sie gekündigt und gleichzeitig eine Lohn-erhöhung von 10 Pf. pro Stunde gefordert. Jene Industrien, die sich mit uns zuerst an den Verhandlungstisch setzten, leisteten jeder Lohnhöhung den schärfsten Widerstand.

Für die Mecklenburger Ziegelindustrie wurde vom Schlichtungs-anschuß Schwertin ein Spruch gefällt, daß die bisherigen Löhne bestehen bleiben sollten. Vor dem Schlichter in Hamburg wurde dieser Spruch jedoch geändert, indem für alle Ortsklassen eine Lohn-erhöhung von 3 Pf. pro Stunde vorgehen und angenommen wurde. In Pommern, wo ein einheitlicher Bezirkslohntarif noch nicht besteht, wurde in den meisten Fällen mit Hilfe des Schlichtungs-anschlusses und des Schlichters eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 4 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Dabei wurden Betriebe erfasst, die erst durch die Agitation gewonnen waren. In dem Betrieb der Firma Reiper (Oranburg) mußte um die Anerkennung des Lohnes gestreikt werden. Der Streik ging zunächst durch Zug von Arbeitern vom Lande verloren. Als der Streik aufgehoben war, wurden die Streikbrecher zum Teufel gejagt und der Unternehmer holte sich unsere Leute, soweit sie bei ihm wieder arbeiten wollten, wieder und zahlte ihnen, was sie vorher gefordert hatten. Auch in der Bezirkszahlstelle Straßund gelang es, mit Ziegeleibesthern Verträge abzuschließen.

Wir haben also in der Grobkeramik trotz des schwachen Bau-marktes einen verhältnismäßig guten Abschluß zu verzeichnen.

In der chemischen, Papier-, Öl-, Seifen-, Zucker- und Kon-fervenindustrie wurde nach heftigen Widerständen eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 4 Pf. pro Stunde erreicht. Es gelang uns auch, in der Stärkeindustrie mehr Einfluß als bisher zu gewinnen, Löhne zu erhöhen und Tarife abzuschließen. Auch konnten wir in die Fischkonservenindustrie des Straßunder Bezirks eindringen, die Löhne wesentlich erhöhen und Tarifverträge vereinbaren.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die von dem Fünf-Städte-Vertrag erfasst wurden, wurde der Lohn ebenfalls um 4 Pf. pro Stunde erhöht.

Weitere Lohn-erfolge wurden erzielt in den Kreidewerken in Greifswald und auf Rügen, in den Rohrgewerkschaften in Fido-dichow, in der Zementwaren- und Kunstseifenfabrik in Grevesmühlen, in den Kalkseifenfabriken in Gollnow und Trepow, in den Kalk-werken Gramenz und Jarnglaff, in den Räumereien in Wismar und so weiter.

Von der Gauleitung wurden 110 Klagen vor den Arbeits-gerichten vertreten. Dadurch konnten über 12 000 Mk. für die Kollegen gewonnen werden.

Von der Bezirksleitung in Mecklenburg wurden im Jahre 1929 17 Klagen vertreten, davon gingen fünf verloren.

Leider kommt es immer wieder vor, daß die Kollegen sowohl der Rechtsabteilung als auch uns nicht immer den wahren Tatbestand angeben.

Die Zahl der Prozesse, die allein von der Gauleitung geführt sind, beweist, was sich die Unternehmer an Überrechnungen des Arbeits- und Tarifrechts herausnehmen. Wie würde es aussehen, wenn die Arbeiter nicht die Gewerkschaften im Rücken hätten? Die Erfolge, die die Gewerkschaften für ihre Mitglieder auf dem Gebiete des Arbeits- und Tarifrechts vor den Arbeitsgerichten erzielt haben, müssen mehr als bisher von unseren Kollegen für die Agitation ausgenutzt werden. Leider geschieht dieses nicht.

Das Jahr 1929 brachte uns einen Zugang von 511 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 18 576, im 4. Quartal 19 087. Die Beitragsleistung betrug im 1. Quartal 207 205 Marken, 11,1 Mark pro Kopf, im 4. Quartal 227 549 Marken, 11,9 Mark pro Kopf; muß also noch besser werden. Der Umfang der Tätigkeit der Gauleitung im Jahre 1929 kommt darin zum Ausdruck, daß zur Erledigung aller Geschäfte 915 Verhandlungen, Konferenzen, Revisionen und sonstige Veranstaltungen wahr-genommen werden mußten.

Mit unserer Tätigkeit haben wir im Interesse unserer Kollegen mehr getan als jene Kritiker, die nach einer bestimmten Moskauer Parole alles herunterreißen, aber nichts besser machen können. Wir

werden auch in Zukunft bestrebt sein, das zu tun, was wir im Interesse der Kollegen für notwendig halten...

Frauenfragen.

Frauenkonferenz im Gau 6.

Nachdem in einer ganzen Anzahl von Gauen Konferenzen für unsere Arbeiterinnen stattgefunden haben, ging auch für die schlesischen Arbeiterinnen ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung.

Am 2. März 1930 hatten sich die Arbeiterinnen aus den Provinzen Nieder- und Oberschlesien in Plegniß versammelt, um Erfahrungen auszutauschen, Aufklärungen entgegenzunehmen und neue Anregungen, neue Kraft und neuen Mut für die weitere Gewerkschaftsarbeit mit nach Hause zu nehmen.

Über Frauenkonferenzen ist ja in den letzten Monaten in unserem Verbandsorgan sehr viel berichtet worden. Neu dürfte jedenfalls die Tatsache sein, daß es gelungen war, in einer wohlüberdachten Tagesordnung nur Frauen mit Referaten zu betrauen.

Im dritten Punkt der Tagesordnung hatte die Kollegin Richter (Hirschberg) das schwierige Gebiet der Frauenwerbung und der Erfolgsmöglichkeiten der Frauenwerbung zu behandeln, während im Punkt „Verschiedenes“ noch besondere Wünsche der Kolleginnen zum Ausdruck gebracht wurden.

Der Aufbau der Tagesordnung gewährte somit die Voraussetzung für eine erschöpfende Behandlung aller die Frauen interessierenden Fragen.

Im ersten Punkt der Tagesordnung ging die Kollegin Prokoff von drei Fragen aus: 1. Warum haben wir so viele Frauen im Produktionsprozeß? 2. Warum bieten sie ihre Arbeitskraft an? 3. Reichen die Erwerbsmöglichkeiten zum Unterhalt aus?

In einem sehr gut ausgearbeiteten Vortrag gab die Referentin, durch Zahlenmaterial ihre Angaben belegend, eine eingehende Erläuterung der drei grundsätzlichen Fragen. Insbesondere bei der Erörterung der Erwerbsmöglichkeiten, d. h. der Frauenlöhne, war es der Referentin möglich, aus ihrer Praxis Beispiele anzuführen, aus denen die große Spanne zwischen Frauen- und Männerlöhnen hervorging.

Der Vortrag klang in einem Ausruf aus, die System gewordene Unterbewertung der Frauenarbeit beseitigen zu helfen und zu diesem Zweck die gewerkschaftliche Organisation auszubauen.

2. Über die Geschichte des Arbeiterinnenschutzes, über die wesentlichen Etappen der Entwicklung bis zum heutigen Standpunkt, unterrichtete ein sehr instruktiv gehaltenes Referat der Kollegin Jammert (Hannover) vom Arbeiterinnensekretariat beim Hauptvorstand.

Zum Schluß brachte die Kollegin Jammert eine ganze Reihe sozialhygienischen Materials aus den verschiedensten Industriegruppen, die für unseren Verband zuständig sind, und sprach schließlich auch über die Bedeutung der internationalen Frauenkonferenzen in Paris.

In ihrer bekannnten temperamentsvollen Art verstand die Kollegin Richter die Anwesenden durch ihre Ausführungen zu fesseln. Sie erörterte die verschiedenen Arten

gewerkschaftlicher Werbetätigkeit, kam auf die Hilfsmittel, wie Lichtbild, Filmveranstaltungen, gesellschaftliche Veranstaltungen usw., zu sprechen und bewies dadurch, daß allerdings in jedem Ort von Fall zu Fall je nach den vorhandenen Mitteln und nach dem Menschenmaterial die Anwendung des einen oder des anderen Werbemittels geprüft und durchgeführt werden sollte.

An den Vorstand wurde die Forderung gerichtet, Sonderkurse für Frauen, evtl. mit gewerbehygienischen Vorträgen, abzuhalten. Insbesondere soll die Schule in Wennigsen für Frauen mehr als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Der Eindruck der Konferenz auf alle Teilnehmer war der beste. Der Wunsch des Gauleiters, Kollegen Thiemer, daß von dieser Konferenz aus eine Belebung der Frauenarbeit im Verbands der Fabrikarbeiter im Gau 6 ausgehen möge, wird sicherlich, schon nach dem äußerlichen Umfange zu urteilen, in Erfüllung gehen.

Durch die riesengroße Arbeitslosigkeit und durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Industrien scheint den Unternehmern die Zeit für einen Generalangriff auf die Löhne und auf die sozialen Einrichtungen gekommen zu sein.

Wir müssen mit allen Kräften darangehen, unsere Organisation zu stärken und auszubauen, die Mitgliederzahl zu steigern, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit zu mehrern, die finanzielle Rüstung des Verbandes zu verbessern.

Wir müssen bei der Frühjahrsagitation, die nun einsetzt, ihr Bestes tun; in dem Wettstreit zur Gewinnung neuer Mitglieder darf es kein Erlassen geben.

rüsten, daß wir den Abbauwünschen der Unternehmer nicht nur erfolgreich begegnen können, sondern darüber hinaus unsere Gegenforderungen durchsetzen können.

Berichte aus den Zahlstellen. Braunschweig. Am 9. März 1930 wurde unser Film „Aufstieg“ vorgeführt. Der Saal, der circa 1300 Plätze faßt, war voll besetzt.

Zu der Vorführung waren sämtliche Pressevertreter Braunschweigs eingeladen. Leider war von den bürgerlichen Kritikern nur einer erschienen, der in seinem Blatte einen sehr kurzen Bericht brachte.

Wenn die Einrichtungen, die im Film gezeigt worden sind, schon drapisch wirken, so sind sie mit denen, wie sie vor etwa 35 Jahren noch bestanden, gar nicht zu vergleichen.

Für diese Arbeit, die große körperliche Anstrengungen erfordert, wurden pro Tag 75 Pf. gezahlt. Daneben hatte man natürlich freie Kost und freies Logis.

Wir haben sich die Verhältnisse heute geändert! Solche Dinge, wie die geschilberten, kennt man nicht mehr. Sie klingen wie ein Märchen oder wie Aufschnöderei, und doch sind sie bittere Wahr-

heit gewesen. Auch in den entlegensten Winkeln sind solche Dinge in Deutschland nicht anzutreffen. Wenn diese menschenwürdigen Zustände beseitigt worden sind, so ist dieses nur dem Verband der Fabrikarbeiter zu danken.

Die Jugend kennt solche Arbeitsverhältnisse nicht mehr. Sie ist in die neuzeitlichen, von den Allen unter sehr vielen Opfern erkämpften Arbeitsbedingungen eingetreten.

Köln. Der Betriebsrat im Großbetriebe in der Kunstfeldenindustrie. Die kommunistische Presse läßt kein Mittel unversucht, die Tätigkeit der Betriebsräte herabzusetzen.

In Wirklichkeit weiß die Arbeiterschaft die Tätigkeit der Betriebsräte wohl zu schätzen. Die praktischen Erfolge und die unendlich viele Kleinarbeit, die auch für den einzelnen geleistet wird, teilweise über den Rahmen des Aufgabenkreises der Betriebsräte hinaus, hat den Betriebsräten Achtung und Anerkennung innerhalb der Arbeiterschaft verschafft.

Der Arbeiterrat der Glanzstoff-Courtaulds, G. m. b. H., Köln-Merheim, hat uns gebeten, den nachstehenden Bericht über seine Tätigkeit während eines Jahres zu veröffentlichen:

Table with 2 columns: Activity and Count. Includes Verhandlungen mit Betriebsmeistern (210), Verhandlungen mit der Direktion (124), Arbeiterattestierungen (52), Betriebsversammlungen (26), Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande der Chemie (11), Betriebsratsstimmungen (6), Vertrauensmännertierungen (5), Am Schlichtungsausschuß (1).

Das Arbeiterratsbüro wurde von 4023 Personen besucht. Die Auskünfte betrafen:

Table with 2 columns: Inquiry type and Count. Includes Krankenkassenfragen (1187), Rechtsauskünfte (774), Soziale Fragen (547), Tarifliche Angelegenheiten (503), Steuerfragen (240), Sonstige Auskünfte aller Art (372).

Es wurden 404 Schriftsätze angefertigt, davon: an das Arbeitsgericht in Köln (81), an die Direktion unseres Werkes (139), für Kolleginnen und Kollegen (86), an den Fabrikarbeiterverband (72), an staatliche Behörden (26).

Wir haben in der Berichtszeit 162 Klagen vertreten, meist gemeinsam mit dem Fabrikarbeiterverband. Erreicht wurde: an rückständigem Lohn, an Rückzahlung von Strafen, an Entschädigungen insgesamt der Betrag von 1580 Mark.

Insgesamt wurden auf Grund der Gewerbeordnung und der Arbeitsordnung von der Direktion 128 Entlassungen verfügt. Durch Verhandlungen und Klagen am Arbeitsgericht wurden davon 36 männliche und 42 weibliche Entlassungen wieder eingestell.

Durch die Anträge des Arbeiterrats und des Fabrikarbeiterverbandes wurden für 760 Personen Lohnhöhungen durchgeführt, für 260 Personen teilweise Verschlechterungen abgewehrt. Der gesamte Betrag auf das Jahr berechnet, einschließlich der abgemehrten Verschlechterungen, beträgt etwa 28300 Mk. Aus der Unterstützungskasse wurden 2451 Mk. gezahlt.

In ganz besonderem Maße haben wir die Interessen der Arbeiterinnen wahrgenommen. Das eingeführte Strafsystem konnte für die große Mehrzahl der Arbeiterinnen beseitigt werden. Die Behandlung der Arbeiterinnen ist besser geworden.

Dieser Bericht spricht eine lebendige Sprache von der Weisheit der Tätigkeit des Arbeiterrats. Die kommunistischen Schreiber leisten mit ihren Parolen der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst, und deshalb muß es die Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft sein, stärker als bisher diesen Phrasendreschern die Antwort zu erteilen, die ihnen gebührt, Ablehnung aller kommunistischen Parolen und restloser Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Tredsen-Pauschwitz. Herr Kommerzienrat Wiede, der Besitzer der Papierfabrik in Firma Wiede & Söhne, hat der Deutschen Turnerschaft eine Turnhalle mit dem dazugehörigen Turnplatz geschaffen. Es ist keine Kleinigkeit, die hier geschieht wurde, aber es wäre augenblicklich viel besser angebracht, wenn Herr Wiede statt der Schenkung die Arbeiter in seinem Betriebe ließe. Schon vor längerer Zeit sind Arbeiter entlassen worden, die nicht zuviel waren, aber leider krank geworden sind und die Betriebskrankenkasse belasteten.

kleines Süppchen bekommen, und während der Abendveranstaltung sollten sie noch einmal mit Kaffee und Zwieback bewirtet werden. Bei diesem „gemeinsamen Abend“ hat man sich nicht etwa über die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterhalten, man will lediglich die Geselligkeit pflegen. Den Arbeiterinnen wurde sogar eine Arbeitsstunde dafür bezahlt. In diesem Zusammenhang soll gleich darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterinnen schon wiederholt nach Hause geschickt wurden, ohne daß ihnen die Zeit bezahlt wurde. Wie so erparien Löhne der Arbeiterinnen reichten wahrscheinlich zu den schon oben angeführten Veranstaltungen und zu den noch zu treffenden aus. Vielleicht ist auch von den Ersparrnissen die Turnhalle mit errichtet worden. Für die christliche Dame wurde sofort Platz im Betriebe geschaffen, daß die Arbeiterinnen zusammenkommen konnten. Für Betriebsversammlungen, die vom Arbeiterrat einberufen werden, ist kein Platz im Betriebe, diese müssen im Gasthause abgehalten werden. Damit die Arbeiterinnen sich vom gemütlichen Zusammensein nicht drücken konnten, mußten die Meister aufpassen, daß keine nach Hause ging. Den Arbeiterinnen wurde gesagt, sie könnten ruhig im Fabrikarbeiterverband sein und sich in dem christlichen Frauenverein anmelden. Der Beitrag betrage nur 10 Pf., und dafür bekämen sie eine schöne Zeitung. In dieser Zeitung wird alles behandelt, nur kein Arbeiterinnenstreik und keine Lohnfragen. Es hat sich wahrscheinlich auf Befehl ein ganzer Teil von Arbeiterinnen in die Liste eingetragen, um die Arbeitsstelle nicht einzubüßen. Nun möchten wir den Herrn Kommerzienrat fragen, ob er nicht gewillt ist, den Arbeiterinnen den Papierlohn oder unter den schönen Gaal zur Verfügung zu stellen, damit sie sich über die Lohn- und Arbeitsbedingungen unterhalten können. In dieser Zusammenkunft soll natürlich Frau Zammert aus Hannover sprechen. Sie wird den Arbeiterinnen erzählen, durch welche Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sind. Vor allen Dingen wird sie in der Lage sein, den Arbeiterinnen zu sagen, wie man der Wirtschaftskrise zu Leibe gehen kann. Dort sollen keine Bibelplakaten behandelt, sondern es soll darüber geredet werden, wie die Lage der Arbeiterinnen zu verbessern ist. Fräulein Kühn ging auf den Stimpfang für den christlichen Frauenverein. Der christliche Frauenverein kann den Arbeiterinnen in keiner Beziehung helfen. Deshalb schiebt auch zusammen im Fabrikarbeiterverband! Verzichtet auf die Vertrauensduffel! Laßt euch nicht einsteifen. Werdet freie Gewerkschafter und freie Menschen! Wenn ihr etwas Lehrreiches hören wollt, habt ihr ferner die Möglichkeit, euch an den sozialistischen Frauenabenden zu beteiligen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang März 1930.

Nach der Arbeitslosenstatistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat es den Anschein, als ob die Arbeitslosigkeit Anfang März den Höhepunkt überschritten hat. Der Bericht für die erste Märzwoche zeigt einen kleinen Rückgang in der Zahl der Bezüher der staatlichen Erwerbslosen-Unterstützung. Die Verminderung ist jedoch nur eine ganz leichte, saisonmäßige. In den ausgesprochenen Konjunkturindustrien scheint die Entwicklung immer noch auf weitere Verschlechterung eingestellt zu sein. Die Berichte aus den Industrien bringen immer nur Mitteilungen über Entlassungen und Stilllegungen, sehr selten über Neueinstellungen oder Betriebsöffnungen.

	Zahl der unterstützten Erwerbslosen	Zahl der unterstützten	Insgesamt
30. Dezember 1928	1 702 000	127 000	1 829 000
31. Januar 1929	2 220 000	145 000	2 365 000
28. Februar 1929	2 460 000	162 000	2 622 000
31. März 1929	1 885 000	192 000	2 077 000
30. April 1929	1 126 000	193 750	1 324 750
30. Juni 1929	722 900	206 600	929 500
30. September 1929	749 610	161 635	910 245
30. November 1929	1 200 396	186 683	1 387 079
31. Dezember 1929	1 774 571	210 240	1 984 811
31. Januar 1930	2 232 600	250 000	2 482 600
28. Februar 1930	2 378 521	277 202	2 655 723

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen überstieg in diesem Jahre sogar die außerordentlich hohen Zahlen der vorjährigen Räteperiode. Trotz der milden Winterwitterung, die die Fortsetzung von Außenarbeiten erlaubt, war die Zahl der Unterstützten in diesem Jahre um 33 000 höher als im Vorjahre.

Die Arbeitslosenzählung innerhalb unseres Verbandes für Anfang März wies eine Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat auf. Die Steigerung ist zwar nicht sehr hoch, aber es ist doch eine weitere Verschlechterung der erschreckend traurigen Lage des Arbeitsmarktes. Von unserer Arbeitslosenstatistik Ende Januar wurden insgesamt 459 977 Mitglieder erfasst, das sind zirka 93 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. 26 Zahlstellen mit insgesamt 7000 Mitgliedern fielen in der Berichterstattung aus. Die Zahl der Zahlstellen gingen entweder gar nicht oder verspätet ein. Von den in der Statistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 96 816 oder 21 v. H. arbeitslos und 53 692 oder 11,6 v. H. arbeiteten verkürzt. Ende Januar waren 20,4 v. H. arbeitslos und 10,5 v. H. arbeiteten verkürzt. Sowohl Kurzarbeit als auch Vollarbeitslosigkeit sind gegenüber dem Vormonat erheblich gestiegen, am stärksten in den ausgesprochenen Konjunkturindustrien, wie chemische Industrie und Papierindustrie. Die Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes für Ende Februar 1930 betrug 75,1 v. H., hingegen in der gleichen Zeit des Vorjahres 77,9 v. H., das ist eine Steigerung der Gesamtmitgliedschaft um 2,3 v. H.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes gestaltet, geht aus der nebenstehenden Übersicht hervor.

Alle Industrien mit Ausnahme der Spielwarenindustrie weisen eine Steigerung der Arbeitslosigkeit auf, am stärksten die Papierindustrie, die ihren verhältnismäßig günstigen Beschäftigungsgrad, den sie seit einer ganzen Reihe von Jahren beibehalten hat, auch zu verlieren scheint. Hier stieg die Arbeitslosigkeit von 8,3 v. H. auf 10,4 v. H. und die Kurzarbeit von 9,1 v. H. auf 12 v. H. In der chemischen Industrie ist ebenfalls eine

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Januar			Ende Februar		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	21,3	16,9	20,4	21,7	18,5	21,0
In der Industriebranche:						
Chemie	11,8	14,1	12,3	12,6	15,5	13,3
Papier	8,5	10,1	8,8	9,7	12,9	10,4
Nahrungsmittel	13,0	18,6	14,5	14,9	20,3	16,3
Spielwaren, Blumen und so weiter	37,8	27,0	31,7	34,8	25,9	29,7
Sonstige Industrien	29,5	18,0	26,4	32,4	21,3	29,4
Keramischer Bund insgesamt	30,0	19,7	28,0	30,6	21,0	28,8
a) Porzellan	16,2	13,1	15,0	16,3	12,8	15,0
b) Glas	17,6	14,1	17,1	18,3	16,0	18,0
c) Grobkeramik usw.	41,5	35,4	40,8	42,2	38,8	41,8

arbeiteten verkürzt:

	Ende Januar			Ende Februar		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	9,1	15,2	10,5	10,9	15,5	11,6
In der Industriebranche:						
Chemie	11,0	22,4	13,7	11,8	21,4	14,0
Papier	7,8	13,9	9,1	11,0	16,8	12,0
Nahrungsmittel	7,6	4,2	6,7	7,0	3,2	6,0
Spielwaren, Blumen und so weiter	33,9	24,3	28,5	27,5	25,8	26,5
Sonstige Industrien	4,1	7,5	5,0	4,2	7,6	5,1
Keramischer Bund insgesamt	8,8	13,2	9,6	10,4	14,6	11,2
a) Porzellan	18,5	16,5	17,7	20,5	17,7	19,4
b) Glas	8,5	10,5	8,8	10,9	13,1	11,1
c) Grobkeramik usw.	5,5	9,4	6,0	6,8	10,2	7,1

weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage eingetreten. Die Entlassungen in der chemischen Großindustrie aus Gründen der „Rationalisierung“ haben noch weiter angehalten. Nach der Krankenkassenstatistik, veröffentlicht von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger“, ging die Mitgliederzahl in 151 Krankenkassen mit 171 426 Mitgliedern im Monat Januar um 1,1 Prozent zurück. In der Porzellanindustrie ist eine weitere Verschlechterung durch Steigerung der Kurzarbeit eingetreten. Der Beschäftigungsgrad in der Glasindustrie hat sich weiter verschlechtert. Auch in der grobkeramischen Industrie trat eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit und auch der Kurzarbeit ein.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes hat den ungünstigsten Beschäftigungsgrad die Provinz Ostpreußen mit 39,7 v. H. Arbeitslosen. Allein in der grobkeramischen Industrie sind 75 v. H. unserer Mitglieder arbeitslos. Auch in den übrigen Gruppen ist in diesem Bezirk die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Arbeiterschaft bekommt die Wirkungen der ungünstigen Wirtschaftslage in den Grenzgebieten am härtesten zu spüren. Auch die anderen Provinzen des östlichen Deutschland weisen außerordentlich hohe Arbeitslosenzahlen auf: Pommern 34,7 v. H., Schlesien 24,3 v. H. Dann folgt das linke Rheinland mit 23,9 v. H. Den günstigsten Beschäftigungsgrad melden Württemberg und Südbaden mit der doch recht hohen Verhältniszahl von 13,3 v. H. Arbeitslose. Dann folgt Nordmark mit 14,9 v. H. Alle übrigen Bezirke bewegen sich in der Nähe des Durchschnitts.

Abrechnung der Hauptkasse

4. Quartal 1929.

Einnahme:		M.	S.
Zu Kassenbestand am Schlusse des 3. Quartals			
a) Hauptkasse	4 245 765,83		
b) Zahlstellen	349 791,50	4 595 557	33
Beiträgen	5 795 164	69	80
Ertragsbeiträgen	10 633	80	00
Mehr eingekandt von den Zahlstellen	13 305	29	
Einsparbeitnehmern	83	80	
Erfolgsbeiträgen in den Zahlstellen	567,91		
in der Hauptkasse	581,43	1 099	37
Protokollen	1		
Büchern und Broschüren	2 285	35	
Kassobekanntgaben	227	35	
Bürobedarf	960	38	
„Proletarier“	1 160	15	
Zinsen	184 427	13	
Zurückgezahlten Beiträgen	9 254	36	
Aus dem Vermögensbestand	122 549	84	
Sonstigen Einnahmen in den Zahlstellen	6 850,51		
in der Hauptkasse	225,85	7 076	36
Beiträgen zur Unterstützungs-kasse		1 705,8	06
Summe		10 670 865	21

Ausgabe:		M.	S.
Der Erwerbslosen-Unterstützung:			
a) an Reichsamt in den Zahlstellen	1 049,55		
in der Hauptkasse	7,30	1 056	75
b) an Arbeitslose	872 908	59	
c) an Kranke	509 477	17	
Beihilfen in den Zahlstellen	3 998,25		
in der Hauptkasse	7 162,37	11 160	72
Gewahrgelassenen Unterstützung	4 325	75	
Ausgaben in den Zahlstellen	12 233,96		
in der Hauptkasse	91	12 324	86
Verwaltungsausgaben in den Zahlstellen	3 007,16		
in der Hauptkasse	772,80	3 779	36
Stempel	79 949	17	
Stempelunterstützung	12 963	40	
Kosten der Zahlstellen von den Beiträgen	1 921 873	26	
Marken und Stempel	2 326	35	
Büro-Heizungs- und Postkosten	5 556	39	
Reisekosten und Auslagen	341	39	
Reisekosten der Hauptkasse und der Zahlstellen	1 583	39	
Gebühren	90 529	80	
Beihilfenbeiträge	97 743	71	
Papier und Druckerzeugnisse des „Proletarier“	63 392	74	
Beihilfen des „Proletarier“	453	47	
Frachtkosten und Betriebskosten-Zeitungen	24 009	11	
Druckkosten	40 633	90	
Verband- und Postmaterial	2 923	92	
Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honoreur	8 791	88	
Büroarbeiten und Reparaturen	1 154	45	
Buchbindarbeiten	19 024	92	
Stempel und Briefbogenbedarf	4 313	38	
Stempel, Papier, Licht, Heizung	8 611	22	
Stempelarbeiten und Buchbedarf	8 126	16	
Lehrerunterstützung	16 003	91	
Journal und lokale Zeitungen	2 753	12	
Konferenzen	18 350	13	
Kassen	1 841	11	
Film	2 279	35	
An die Gewerkschaften	151 000	—	
An den Herrn Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger	150 000	—	
Zinsen an die Zahlstellen	90	—	
Reisekosten der Zahlstellen und Hilfskassen	35	43	
Schule Wismar	35 500	—	
Beiträgen zum Allgemeinen Gewerkschaftsverband	35 500	—	
Unentgeltliche Dienstleistungen	3 594	34	
Verwaltungskosten der Zahlstellen	95 799	82	
Beiträgen an Zahlstellen	210 324	41	
Gebühren der Zahlstellen zurückgezahlt	10 650	17	
Sonstige Ausgaben	2 478	50	
An den Vermögensbestand	734 612	41	
Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals 1929			
a) Hauptkasse	3 051 867,76		
b) Zahlstellen	97 829,52	3 149 697	28
Summe		10 670 865	21

Kassener 21. März 1930.
 Carl Eberhard, Kassener
 Carl Köpfer, 1. Kassener
 Otto Stawisch, 2. Kassener
 Carl Grawel, Kassener
 H. Ebermann, Kassener
 R. G. Stolle, Kassener

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Paul Umbreit als Jubilar.

In diesen Tagen wurden es 30 Jahre, daß Paul Umbreit das Amt eines Redakteurs bei der „Gewerkschaftszeitung“ bekleidet. Bald nach der Gründung der ehemaligen General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands schuf sie sich ein Organ, das „Correspondenzblatt“. Seit 1924 erscheint diese Wochenschrift unter dem Titel „Gewerkschaftszeitung“. Das „Correspondenzblatt“ wurde fast ein Jahrzehnt von Karl Legien geleitet. Am 16. März 1900 trat Paul Umbreit in die Redaktion ein und ist noch heute darin tätig. Die „Gewerkschaftszeitung“ ist das Blatt eines der größten Organisationsgebilde der ganzen Welt. In den verflochtenen 30 Jahren hat sich die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu dem maßgebendsten Faktor im Staate entwickelt. Daraus ergibt sich die Bedeutung einer solchen Wochenschrift. In den drei verflochtenen Jahrzehnten ist das Organ des DGB. Richtschnur und Leitfaden gewesen in all den theoretischen Auseinandersetzungen, dem Werden und Gestalten einer neuen Welt. Paul Umbreit hat das Blatt mit Umsicht und großer Sachkenntnis geleitet. Niemand kann heute an der Gewerkschaftsbewegung vorübergehen, ohne die „Gewerkschaftszeitung“ zur Hand zu nehmen. Sie ist das Blatt, in dem das Wollen der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung seinen Ausdruck findet. Kollege Umbreit ist daneben im Reichsarbeitsrat tätig, wo er seine sozialpolitischen Kenntnisse gut verwerthen kann. Wir wünschen diesem Kollegen, der sich nie in den Vordergrund dränge, sondern sich stets bescheiden im Hintergrund hielt, noch viele Jahre Gelegenheit, das von ihm angebaute Blatt zu leiten.

Wirtschaftliches.

Die Konzentration bei den Aktiengesellschaften.

Nach „Wirtschaft und Statistik“ hat sich das Durchschnittskapital je Aktiengesellschaft von 1,8 Millionen Mark Ende 1927 auf 1,96 Millionen Mark Ende 1928 und weiter auf 2,1 Millionen Mark Ende 1929 erhöht. Die kleinen Gesellschaften sind sowohl der Anzahl wie auch dem Kapital nach zurückgegangen. Die mittelgroßen Gesellschaften mit einem Kapital von 0,5 bis 5 Millionen Mark haben sich ungefähr gehalten. Zugewonnen haben allein die großen, sowohl der Anzahl wie dem Kapital nach. Ende 1929 entfielen auf die letzteren 7 v. H. der Zahl nach, aber 72 v. H. dem Aktienkapital nach. Bei den mittelgroßen Gesellschaften betragen die Zahlen 34 bzw. 26 v. H. und bei den kleinen 59 bzw. 4 v. H. Rund 37 v. H. des gesamten Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften entfällt auf die Gesellschaften mit einem Kapital von 50 Millionen Mark aufwärts.

Rechtspflege.

Die Direktorengelder, von denen die Betriebsräte nichts wissen sollen.

In seiner Entscheidung vom 26. Februar d. J. hat das Reichsarbeitsgericht das Kontrollrecht des Betriebsrates über die Einkünfte der Direktoren und Angestellten abgelehnt. Es soll, wie es in der Begründung dieser

Entscheidung heißt, „die Betriebsführung dadurch gefährdet sein“.

Bei einer Einräumung des Kontrollrechts wären allerdings dem Betriebsrat Dinge zur Kenntnis gekommen, die sich wegen der großen Geheimnistuerei des Vorstandes einer Aktiengesellschaft vorläufig nur vermuten lassen. Was sich bisher über die Riesengehälter der Direktoren einwandfrei feststellen ließ, ist hinreichend genug, um das von der Arbeiterschaft geforderte und vom Reichsarbeitsgericht abgelehnte Kontrollrecht des Betriebsrats zu begründen. So hat man beispielsweise errechnet, daß der Vorstand, das sind die Direktoren, mitunter jährliche Einkünfte beziehen, die etwa ein Zehntel des Aktienkapitals ausmachen. Soll der Betriebsrat im Sinne des § 72 unseres Betriebsrätegesetzes durch Vorlegung einer Betriebsbilanz über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmers eingehend unterrichtet werden, so gehört hierzu freilich auch eine genaue Unterrichtung über einen der größten Ausgabenposten, der sich aus den Aufwendungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat zusammensetzt.

Im allgemeinen sind die Einkommensverhältnisse der Direktoren wegen ihrer häufigen Differenzierung an und für sich außerordentlich undurchsichtig. Denn neben dem festen Gehalt gibt es noch Tantiemen, die meist 15 bis 20 Prozent des Reingewinns ausmachen. Fixum und Tantiemen erreichen dann fast die Hälfte des gesamten Reingewinns. In einem kürzlich in den Börsenblättern veröffentlichten Zulassungsprospekt über die Aktien der Allgemeinen Kunstseide-Union, jenem großen Kunstseidekonzern, der sich durch die Verschmelzung von den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, Eberfeld, und der holländischen Kunstseidefabrik Enka bildete, war vermerkt, daß der Vorstand einen Anspruch auf 30 Prozent des gesamten Reingewinns hat, was einer jährlichen Tantieme von etwa 1,3 Millionen Mark für jeden Direktor entspricht. Das ist nur ein Beispiel von den vielen! Nicht selten beziehen diese Herren Direktoren ein Jahreseinkommen, das dem Jahresverdienst von 200 bis 300 Arbeitern ihres Unternehmens gleichkommt. Das Reichsarbeitsgericht mag von einem Bekannwerden dieser Riesengehälter für manche Direktoren eine Beunruhigung der Arbeiterschaft befürchten haben, im Falle nämlich der Millionen verdienende Direktor eine Pfennig-Zulage für die Arbeiter wegen ihrer angeblichen wirtschaftlichen Untragbarkeit für das Unternehmen ablehnt.

Georg Raible.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschloffen
 wurden am Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Gluckstadt: Heinrich Wessel, Mitgl.-Nr. 847 569; Goslar (Hartz): August Banerow, Buch-Nr. 696 551; Franz Friedrichs, Buch-Nr. 747 533; Jena: Rudolf Machlett, Buch-Nr. 871 245; Ostfriesland: Buch-Nr. Gl. 76 865; Friedrich Kunkel, Buch-Nr. Gl. 222 158; Alfred Vollrath, Buch-Nr. Gl. 206 406; Alfred Röll, Buch-Nr. S II 781 190.

Bezirksleitung Rostock in Mecklenburg.

Alle Zuschriften und Zusendungen sind an den Kollegen Rüdiger Rostock i. Meckl., Beim Grünen Tor 2, zu richten. 12. III.

Chemische Industrie

Die Zelluloidindustrie. Technik und Wirtschaft des Zelluloids und der plastischen Massen.

Technik.

Mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Menschen wuchs die Zahl der Werkstoffe, deren sich die Menschheit bediente. Schon sehr früh spielen Gebrauchsgegenstände und Schmuckgegenstände aus Elfenbein, Schildpatt, Knochen, Bernstein usw. eine bedeutende Rolle. Mit dem zunehmenden Verbrauch dieser Stoffe und einer gleichzeitig einsetzenden Knappheit der natürlichen Rohstoffe begann das Suchen des Menschen nach geeigneten Ersatzstoffen.

Als Ersatz für die obengenannten Naturprodukte hat sich seit Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das sogenannte Zelluloid eingebürgert, das heute in Industrie und Technik eine bedeutende Rolle spielt. Die Erfindung des Zelluloids, das, wie der Name schon besagt, auf Zellulose basiert, ist eng verknüpft mit der Sprengstoffindustrie. Es war im Jahre 1845, als der zu Nellingen in Württemberg geborene Chemiker Friedrich Schönbein die Nitrozellulose oder Schießbaumwolle durch eine Behandlung von Baumwolle mit einem Gemisch von Salpeter- und Schwefelsäure herstellte. Auf dieser Schießbaumwolle baut sich 1855 eine Erfindung des englischen Chemikers Parkes in Birmingham auf, die dem heutigen Zelluloid sehr nahe kam. Er mischte die Nitrozellulose oder Schießbaumwolle mit Holznaphtha unter Zusatz von Rizinus- und Baumwollamenöl, dem er einen geringen Teil Chlorschwefel beimischte. Dieses durch ein englisches Patent geschützte Produkt nannte er Parkesin. Die dem Elfenbein ähnliche Masse konnte jedoch keine größere wirtschaftliche Verbreitung finden, da die Herstellungskosten im allgemeinen zu hoch waren.

Als die eigentlichen Erfinder des Zelluloids gelten die Gebrüder Hyatt. John Hyatt, der im Staate New York eine Buchdruckerei betrieb, gelang es im Jahre 1861, eine Masse herzustellen, die der Erfindung Parkes gleich und die er zur Herstellung von Buchdruckwalzen benutzte.

Als in den 1860er Jahren das Billardspiel sich zunehmender Beliebtheit erfreute, war damit ein erheblicher Verbrauch an Billardbällen verbunden. Auf der Suche nach billigem Elfenbeinersatz veranfaßte eine New Yorker Billardfirma ein Preiswettbewerb, das die Gebrüder Hyatt veranlaßte, erneut Experimente zur Herstellung einer Elfenbeinersatzmasse zu unternehmen. Es gelang ihnen, eine bedeutende Verbesserung dadurch zu erzielen, daß sie der Schießbaumwolle oder Kollodiumwolle größere Mengen von Kampfer zusetzten. Die Explosivität der Schießbaumwolle wurde dadurch stark herabgemindert. Im Jahre 1869 erhielten zum ersten Male die Gebrüder Hyatt ein amerikanisches Patent auf die Erfindung des Zelluloids. Das Verfahren der Gebrüder Hyatt bestand darin, daß sie gewaschene Nitrozellulose zu einer kneitbaren Masse zusammenballten, die dann unter großem Druck gepreßt und nach der Trocknung wieder zerkleinert wurde. Durch Zusatz von Kampfer in der Hälfte des Gewichtes wurde diese Masse gemischt und bis zum Schmelzen erwärmt. Später wurde dieses Verfahren oftmals abgeändert, doch ist der Herstellungsprozeß in der Hauptsache derselbe geblieben.

Die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Erfindung wurde durch die „Albany Billard Ball Company“ betrieben. Auch in England gelangen ungefähr zur gleichen Zeit die Versuche der Schaffung eines Elfenbeinersatzes, jedoch führten sie zu keinem praktischen Erfolg. Die früheren Namen Parkesin und Lohholz wurden bald allgemein abgeändert durch den Namen Zelluloid. Gar bald kam es, nachdem die Gebrüder Hyatt gezeigt hatten, wie man durch Lösung der Nitrozellulose in Kampfer plastische Massen herstellen kann, zur Ausarbeitung verschiedener Verfahren der Zelluloidherstellung.

Auch in Deutschland wandte sich das allgemeine Interesse dem Zelluloid zu, und der erste Betrieb, der sich praktisch damit beschäftigte, war die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik zu Mannheim, die in größerem Ausmaß zur Fabrikation überging.

Seitdem hat die Zelluloidindustrie in Deutschland einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Fabrikation geschieht heute so, daß gut stabilisierte ensäuerte Kollodiumwolle mit einer konzentrierten alkoholischen Kampferlösung in einem geschlossenen Knetwerk innig vermischt wird, wobei 70 bis 75 Teile v. H. Kollodiumwolle benutzt werden und der Rest zirka 25 bis 30 v. H. Kampfer oder Kampferersatzmittel, Füll- und Farbstoffe sowie Weichmachungsmittel sind. Dieses Gemisch filtriert man mit zirka 300 Atmosphären Druck durch engmaschiges Zeuggewebe, wobei der verdunstende Alkohol zurückgewonnen wird. Die fertige Masse preßt man warm zu rechteckigen Blöcken von 2 Meter Länge, 1 Meter Breite und 0,5 Meter Höhe, die später in dünne oder dickere Tafeln auf einem Kalanderwerk zu Stäben, Röhren und anderen Formen gepreßt werden.

Zellhorn (so lautet die Allgemeinbezeichnung für Zelluloid) ist, wenn aus reinen Rohstoffen hergestellt, in dünnen Schichten glasähnlich durchsichtig, weshalb es in der Filmindustrie weitgehende Verwendung fand. Durch Zumischung im Knetprozeß kann es durch Farb- und Füllstoffe getrübt und marmoriert, durch Zusammenpressen mehrere Tafeln auch bunt gemustert werden. Sehr beliebt ist die Elfenbeinfarbe, die klare und flockige Bernstein- sowie die rotbraun gefleckte Schildpattimitation. An Stelle des ursprünglichen reinen Kampfers benutzt man heute im allgemeinen künstlichen Kampfer, der jedoch nicht die Quellfähigkeit des Naturproduktes erreicht.

Technisch findet heute Zelluloid auf unzähligen Gebieten Verwendung, so in der Kammer-, Schmuck- und Spielwarenindustrie, für Isolat- und Elektroisolation. Es dient heute in großem Umfange als Ersatz für Marmor, Bernstein, Schild-

patt, Perlmutter usw. Zelluloid läßt sich außerordentlich leicht verarbeiten; namentlich bereitet das Schneiden, Bohren und Kleben keine großen Schwierigkeiten. Außerdem läßt es sich erwärmt biegen und in jede gewünschte Form pressen und blasen. Dabei hat es eine polierfähige, stark glänzende Oberfläche von ziemlich harter Beschaffenheit und ist bei gewöhnlichen Temperaturen gegen mechanische und chemische Beanspruchung in hohem Grade widerstandsfähig.

Neben diesen verhältnismäßig günstigen Eigenschaften hat das Zelluloid leider verschiedene sehr erhebliche Nachteile. Der größte Nachteil ist die starke Feuergefährlichkeit. Namentlich bei der Bearbeitung, wobei Abfälle, Späne und Staub entstehen, ist die Brandgefahr besonders groß. Einmal in Brand geraten, ist die Löschung fast immer erfolglos. Besonders gefährlich sind größere Mengen. Zelluloid verbrennt bei genügendem Zutritt unter einer äußerst heftigen Stichflamme; es verbrennt etwa fünfmal so schnell wie Papier. Man hat berechnet, daß ein Gramm Zellhorn in Form von Filmen etwa 600 Kubikzentimeter Gas bildet. In Amerika wurden Versuche angestellt, wobei 1900 Pfund Zelluloidfilme in einem Probegewölbe in drei Minuten verbrannt sind. In einem anderen Falle wurden 32 000 Pfund, die in einem Lagerhaus untergebracht waren, in zehn Minuten von den Flammen aufgezehrt. Zelluloid ist deshalb besonders gefährlich, weil bereits eine Temperatur von 150 Grad zur Entzündung genügt. Eine Temperatur von etwas über 100 Grad Celsius, also eine Temperatur, die ungefähr der eines Zimmers oder einer Dampfheizung entspricht, ist geeignet, das Zelluloid zu einer flammenlosen Zersetzung zu bringen, wobei Wolken von Kampferdämpfen, Stickoxyd, Kohlenoxyd und Blausäure entstehen, die außerordentlich starke Gifte für den Menschen sind.

Eine Frage an den Überstundenschieber.

Ungefähr 3 Millionen Arbeitslose bevölkern den deutschen Arbeitsmarkt; dazu kommen noch die ungezählten Massen der Familienangehörigen, die Not leiden müssen, weil die Ernährer keine Arbeitsmöglichkeit haben. Kannst du es verantworten, daß du dieses furchtbare Elend noch vermehrst, indem du 10, 12, 14 Stunden täglich arbeitest? Ist es sozial, ist es gerecht, ist es solidarisch, ist es menschlich gehandelt, wenn du durch deine Überstundenschufterei hungernden Menschen eine Arbeitsmöglichkeit wegnimmst?

Unter besonderen Umständen kann bei der flammenlosen Zersetzung eine Explosion eintreten. Dichtgepacktes Zellhorn, wie es zum Beispiel in Filmrollen vorkommt, birgt die besondere Gefahr in sich, daß, nachdem es einmal in Brand geraten, eine Löschung unmöglich ist. Die Zersetzung geht in diesem Falle selbst unter dem Wasser flammenlos vor sich, wobei sich die vorgenannten giftigen Gase entwickeln. Der ungeheure Brand in einem amerikanischen Krankenhaus, der noch im Gedächtnis sein wird, ist durch diese Eigenschaft des Zelluloids zu erklären.

Man suchte deshalb nach neuen Stoffen, die die Vorteile aber nicht die Nachteile des Zelluloids in sich vereinen. In der Azetylzellulose wurde ein brauchbares Ersatzmittel für die Nitrozellulose gefunden. Auf dieser Basis fortbauend, hat man neue Produkte unter dem Namen Zellit und Zellon entwickelt, die nur schwer brennbar sind. Zellit, eine an und für sich wenig bildsame Masse, kann durch geeignete Zusätze in das besser zu verarbeitende Zellon umgewandelt werden. Die Eigenschaften sind dieselben wie beim Zelluloid; das Produkt ist jedoch nicht feuergefährlich, wohl aber sind die Herstellungskosten höher.

Mit Alkoholen oder sonstigen Lösungsmitteln zusammengebracht, bereitet man aus Zellon die bekannten Zellonlacke, die eine weit verbreitete Verwendung gefunden haben. Daneben soll erwähnt werden, daß man aus Azetylzellulose hochwertige Kunstseide herstellen kann.

Eine weitere Gruppe von Ersatzstoffen stellt man aus der Gruppe der sogenannten Zelluloseäther her. Diese besitzen den Vorteil, daß sie sich in einer sehr großen Menge von Lösungsmitteln lösen lassen, sie zeichnen sich durch außerordentliche Beständigkeit bei Hitze, gegen Alkalien und Säuren aus; sie haben eine sehr große Geschmeidigkeit und Widerstandsfähigkeit, sind unverbrennbar, haben ein niedriges spezifisches Gewicht und sind sehr ausgiebig. Die Verwendbarkeit dieses Stoffes ist fast unbegrenzt. Die Zelluloseäther eignen sich für die Herstellung von plastischen Massen jeder Art, welche als Ersatz für Zelluloid, Horn, Ebenit, Elfenbein, Glas, Schildpatt, Holz usw. dienen sollen. Sie sind zu benutzen für die Herstellung von Anstrich und Lackmischungen, für die Herstellung von veredelten Harzen und Harzerlösungen, für die Herstellung von Filmen, künstlichen Fäden, Klebemitteln und Kitten, Druckwalzen, hektographischen Massen usw. Außerdem für Appreturen und Überzüge jeder Art, namentlich für Textilgewebe und Textilfasern. Als Überzug für Papier und Papierappretur finden sie ebenfalls Verwendung. In zunehmendem Maße werden sie auch verwendet in der Wachs- und Dichtungindustrie sowie zur Herstellung von Kunstleder aus Textilstoffen. Auch die Linoleum- und Fußbodenbelagindustrie bedient sich dieser Ersatzstoffe; jetzt bereitet man auch schon Pflasterersatz und wasserdichte Tapeten daraus. Damit ist die Verwendungsfähigkeit keineswegs erschöpft, täglich werden neue Verwendungszwecke erschlossen.

Neuerdings bereitet man aus dem sogenannten Zelluloseparthenogenat das Zellophon, papierähnliches, durchsichtiges, dünnes Material, das von der Firma Kalle in Biebrich her-

gestellt wird und für Verpackungszwecke usw. zunehmende starke Verwendung findet.

Die bisher geschilderten Ersatzstoffe gehören der Gruppe der sogenannten Zelluloseprodukte an. Außerdem unterscheidet die Kunststoffindustrie noch die Gruppe der sogenannten Kondensationsprodukte und der Eiweißstoffe. Die Kondensationsprodukte sind vorwiegend die chemischen Verbindungen zwischen Phenol- und Formaldehyd oder Harnstoff und Formaldehyd. Sie sind kollobialer, d. h. leimartiger Natur und erinnern in ihren Eigenschaften an die Naturharze, weshalb sie auch als Kunstharze bezeichnet werden. Zu dieser Gruppe gehört das bekannte Bakelit, das durch Einwirkung von Alkali, Phenol und Formaldehyd stufenweise gehärtet wird. Bakelit ist hart wie Horn, unlöslich und unschmelzbar und hält Temperaturen bis zu 300 Grad Celsius aus. Bakelit findet als Werkstoff weitgehende Verwendung; daneben ist er aber auch Ersatz für eine Reihe von Naturharzen für farb- und lacktechnische Zwecke. Ebenfalls zu dieser Gruppe gehören die sogenannten Albetole, die von der Firma Albert in Wiesbaden-Biebrich hergestellt werden.

Zur Gruppe der sogenannten Eiweißstoffe ist das Galalith zu zählen, ein Kunststoff, der aus Milch gewonnen wird. Der Herstellungsprozeß vollzieht sich so, daß Kasein, das aus fettfreier Magermilch mit Lab gefällt wird, mit wenig Wasser angemacht, warm durch starken Druck in einer Press- und Knetmaschine zu blasenfreier Masse verarbeitet und zu Stäben geformt wird. Die so gewonnenen Stücke werden in eine Formaldehydlösung gebracht, wodurch sich Kasein chemisch mit Formaldehyd zu Galalith verbindet und dadurch beständig gegen Wasser und Fäulnis wird. Ursprünglich ist Galalith weiß bis gelblich durchscheinend; es läßt sich aber ebenso wie Zelluloid beliebig färben und trüben. Gegenüber dem Zelluloid ist es härter und weniger elastisch. Galalith ist nicht feuergefährlich und ist hochpolierfähig. Es wird in zunehmendem Maße in der Technik sowie in der Luxusindustrie verarbeitet.

Damit ist die Liste der Kunststoffe auf der Basis von Zelluloid und ähnlichem nicht erschöpft. Ihre Aufzählung würde zu weit führen, die wesentlichsten sind bereits geschildert worden. Die Entwicklung der Kunststoffindustrie ist noch nicht abgeschlossen, sondern sie ist noch in Fluß.

Welche Bedeutung diese Industrie für die deutsche Wirtschaft hat, geht daraus hervor, daß in schnell aufsteigender Linie die Fabrikation dieser Stoffe zunimmt. In Deutschland bestehen zur Zeit zirka acht Fabriken, die Rohzelluloid herstellen. Davon sind fünf größere und drei kleinere Betriebe. Die Weltproduktion betrug im Jahre 1926 zirka 40 000 Tonnen Rohzelluloid; davon entfiel auf Deutschland ein Anteil von 10 000 bis 15 000 Tonnen. Die Mehrausfuhr an Zellhorn und Zellhornwaren betrug für Deutschland:

1913	5 440 Tonnen	Wert 31,40 Mill. Mark
1926	6 780 Tonnen	Wert 58,30 Mill. Mark
1927	10 467 Tonnen	Wert 76,74 Mill. Mark
1928	12 594 Tonnen	Wert 81,78 Mill. Mark

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland etwa 12 Millionen Kilogramm Rohzellhorn erzeugt im Werte von ungefähr 60 Millionen Mark. Exportiert wurden zirka 4,5 Millionen Kilo Rohzellhorn, eingeführt dagegen 347 300 Kilo. Der Wert der hergestellten Zellhornwaren kann auf etwa 150 Millionen Mark geschätzt werden, woraus man ersehen kann, daß die Veredelungsindustrie auf dem Gebiete der Zelluloidverarbeitung erhebliche Verdienstmöglichkeiten hat. Etwa die Hälfte der hergestellten Zelluloidwaren wird ausgeführt. Kein zahlenmäßig betrug die Ausfuhr 4 534 600 Kilogramm. Eingeführt wurden an Zelluloidwaren 134 600 Kilogramm. Rechnet man die Ausfuhr von Rohzelluloid und Zelluloidwaren zusammen, so ergibt sich, daß die Ausfuhr gegenüber der Einfuhr die erdrückende Mehrheit hat.

Die Zahl der in der Rohzelluloidherstellung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird mit zirka 5000 Beschäftigten nicht zu hoch gegriffen sein. In der Gesamtzelluloidindustrie einschließlich der verarbeitenden Industrie dürften alles in allem heute 15 000 Menschen Beschäftigung finden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß auch in dieser Industrie die Rationalisierungsbestrebungen in starkem Maße eingeleitet haben und damit die Existenz eines Teils der Arbeiter bedroht ist.

Aber die Rationalisierung und die wirtschaftliche Konzentration in der Zelluloid- und verwandten Industrie soll in einem weiteren Artikel berichtet werden. K. Segerer.

Betriebsratswahl im Leunawerk.

Die am 11. und 12. März erfolgte Betriebsratswahl auf dem Leunawerk führte zu einem großen Erfolg der freien Gewerkschaften und brachte der kommunistischen Opposition eine katastrophale Niederlage. Trotz ungeheurer Anstrengungen unserer Gegner und einer Flut von Verleumdungen, die die Christlichen, Gelben und die Kommunisten über die freien Gewerkschaften ergossen, trotzdem sie in der Presse und in mehr als einem halben Duzend Flugblättern die gemeinsten Verdächtigungen verbreiteten, daneben am Tage der Wahl ihre Drabhtzieher ins Werk schickten und auf den Wahlhöfen durch Sprechbühnen nach kommunistischer Art für die Opposition warben, ging die Stimmenzahl der F.P.D. von 9 259 im Vorjahre auf 47 63 bei dieser Wahl zurück. Die Kommunisten verloren dadurch im Betriebsrat fünf und im Arbeiterrat vier Mandate. Die freien Gewerkschaften aber konnten mit 5 115 Stimmen die Spitze erobern.

Es erhielten Stimmen und Sitze im Betriebsrat:
Freigewerkschafter 5 115 Stimmen und 10 Sitze (1929 5 917 Stimmen und 8 Sitze),
Kommunistische Opposition 4 763 Stimmen und 9 Sitze (1929 9 259 Stimmen und 14 Sitze),
Gelbe 2 218 Stimmen und 5 Sitze (1929 1736 Stimmen und zwei Sitze),
Christen 730 Stimmen und 1 Sitz (1929 541 Stimmen und 0 Sitze).
Mit dieser Entscheidung haben die Leunawerker den kommunistischen Spalt eine gründliche Abfuhr erteilt. Die Freigewerkschafter können auf diesen Erfolg stolz sein, um so mehr, als sie diesen Fortschritt erzielten in einer Zeit stärkster wirtschaftlicher Depression.

Um die Dinge richtig zu sehen, muß man die Vorgeschichte ein wenig kennen. Man muß wissen, daß seit vielen Jahren, seit 1924 und 1925, die Kommunisten den Betriebs- und Arbeiterrat im Leunawerk beherrschten. Es ist verständlich, daß die Kommunisten alles getan haben, um diese Hochburg zu halten. Die Gegenkräfte verhielten sich ganz besonders bei der vorjährigen Wahl. Die Kommunisten erhielten damals mit 9259 Stimmen und 14 Sitzen im Arbeiterrat die Mehrheit. Diese Mehrheit hatte aber weder den Willen noch die Fähigkeit, Arbeiterinteressen wirkungsvoll zu vertreten. Sie hatte nur eine Aufgabe, kommunistische Parteipolitik zu machen, das heißt also, die Kollegen der freien Gewerkschaften bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zu verleumben und zu beschimpfen. In diesem Kampf gegen unsere Kollegen fanden sich diese sonderbaren „Revolutionäre“ zu einer festen Gemeinschaft mit den Gelben und Christen zusammen. Die Verhältnisse in den Arbeiterratsitzungen wurden schließlich derart, daß es die freigewerkschaftlichen Vertreter überhaupt ablehnen mußten, mitzuarbeiten. Die Kommunisten, die sich offenbar in den Sitzungen mit den Christen und den Gelben doch nicht so recht wohl fühlten, stellten dann schließlich nach einiger Zeit den Antrag, den Betriebs- und Arbeiterrat, in dem sie die Mehrheit hatten, aufzulösen und die Neuwahlen auszuschreiben. Wir waren selbstverständlich dafür, und auch die anderen Gruppen waren einverstanden. So ist es denn zu einer so frühzeitigen Neuwahl gekommen. In dem Wahlkampf wurde von unseren Gegnern, insbesondere von den Kommunisten, nichts unversucht gelassen, um bei den Wahlen zu siegen. Von 12 826 abgegebenen Stimmen haben die Kommunisten aber nur 4763 erhalten.

Die Kommunisten sind von 58 Prozent im Jahre 1925 auf 34 Prozent in diesem Jahre zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften hingegen sind von 25 Prozent im Jahre 1925 auf 37 Prozent in diesem Jahre gestiegen. Wir beobachten also ein ständiges Zurückgehen des kommunistischen Einflusses und eine steigende Einflußnahme der freien Gewerkschaften, so daß wir heute zur stärksten Gruppe geworden sind. Wenn man den ungeheuren Kampf, die maßlose und schmutzige Hege der Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften sieht, wenn man seit Jahr und Tag die von der kommunistischen Parteileitung bewußt herbeigeführte Zersplitterung der Arbeiterschaft in Betracht zieht, dann versteht man auch, daß die Christen und Gelben trotz der Massenanklagen noch Stimmen gewonnen haben. Sehr viele dieser Heiden, die früher bei der „revolutionären“ Opposition waren, sind heute Funktionäre bei den Gelben.

Die kommunistische Partei bedankt, das zeigte auch diese Wahl, Niedergang, die freien Gewerkschaften bedeuten Aufstieg. Hoffentlich erkennen bald alle Arbeiter der Leunawerke, daß nur die festgefügte Front der freien Gewerkschaften in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten.
Heinrich Fischer, Merseburg.

Papier-Industrie

Schafft Unfallverhütungs-Kommissionen!

Eine Reihe schwerer Unfälle im Jahre 1928 veranlaßten die Direktion und den Betriebsrat der Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mannheim-Waldhof, der Frage der Unfallverhütung ein erhöhtes Interesse zuzuwenden. Das Ergebnis einer Aussprache war die Schaffung einer Unfallverhütungs-Kommission.

Die Zusammensetzung der Kommission.

Die in der Zellstoff-Fabrik Waldhof gebildete Unfallverhütungs-Kommission setzt sich zusammen aus:

- 1 Obermeister des Fabrikationsbetriebes,
- 1 Obermeister der Handwerker,
- 2 Arbeitern des Betriebes und
- 1 Mitglied des Betriebsrats.

Die Leitung der Kommission liegt in der Hand eines gewählten Vorsitzenden. Die Kommission selbst arbeitet mit der Direktion des Werkes auf das engste zusammen.

Aufgabe und Tätigkeit der Kommission.

Die Unfallverhütungs-Kommission muß von jedem Unfall sofort benachrichtigt werden und sendet sofort mindestens eines ihrer Mitglieder an die Unfallstelle. Hierbei soll genau festgestellt werden, worauf der Unfall zurückzuführen ist und ob Verbesserungen der Schutzvorrichtungen durchgeführt oder eine Änderung der Fabrikation getroffen werden können, um derartige Unfälle zu verhüten. Ferner wird festgestellt, ob eine Schuld eines Dritten an dem Unfall vorliegt. Über das Ergebnis dieser Untersuchungen hat die Unfallverhütungs-Kommission der Direktion einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

In gewissen Zeitabständen unternimmt die Unfallverhütungs-Kommission regelmäßige Rundgänge durch die Fabrik, um sich speziell mit der Durchführung der Schutzvorrichtungen zu beschäftigen und evtl. neue notwendige Schutzvorrichtungen anzuregen. Auch über diese Kontrollen erhält die Direktion der Firma einen ausführlichen Bericht. Sie hat sich bereit erklärt, diese Beweise daraufhin zu prüfen, inwieweit die Vorschläge durchgeführt werden können.

Unfallstatistik.

Die Unfallverhütungs-Kommission hat ferner die Aufgabe, die vorkommenden Unfälle genau zu registrieren und eine Statistik darüber anzustellen. An Hand dieser Statistik sollen dann Rückschlüsse gezogen werden, die zu einer weiteren Verhütung von Unfällen führen.

Belehrung der Arbeiterschaft.

Die weitere Aufgabe der Unfallverhütungs-Kommission besteht darin, in zweckentsprechender Weise die Arbeiterschaft der Fabrik über die Art der Entstehung und die Verhütung der Betriebsunfälle aufzuklären.

Die bisherigen Ergebnisse.

Die seit 3 Jahren bestehende Unfallverhütungs-Kommission hat festgestellt, daß häufig den eigentlichen Unfallursachen nicht genügend Beachtung geschenkt wurde, während bei Beachtung der Ursachen Wiederholungen der Unfälle hätten vermieden werden können. Neben mangelhaften Betriebs-einrichtungen und Materialfehlern seien Leichtsinn oder Nachlässigkeit der Beteiligten die Ursache zu den Unfällen gewesen. Daneben seien die Unfälle sowohl auf mangelhafte Belehrungen als auch auf Ungelegenheit oder Unvorsichtigkeit der Arbeiter zurückzuführen gewesen. Bei Zurückführung der geistigen und körperlichen Tüchtigkeit des einzelnen Arbeiters zu seiner Arbeitsverrichtung sei es gleichfalls möglich, Unfälle zu vermeiden.

Die Unfallverhütungs-Kommission habe deshalb dafür Sorge zu tragen, daß diesen Fragen weitestgehend Beachtung geschenkt wird, und daß deshalb die Unfälle leichtester Art auf das geringste Maß herabgedrückt würden.

Die Unfallverhütungs-Kommission hat zur besseren Beobachtung und Beurteilung der Unfälle die vorkommenden Unfälle in folgende zehn Gruppen eingeteilt:

1. durch höhere Gewalt verursachte Unfälle;
2. durch mangelhafte Schutzvorrichtungen verursachte Unfälle;
3. durch unvollkommene Einrichtungen verursachte Unfälle;
4. durch mangelhafte Vorsicht des Arbeiters verursachte Unfälle:
 - a) durch mangelhafte Vorsicht des Verunglückten,
 - b) durch mangelhafte Vorsicht eines Mitarbeiters;
5. durch körperliche oder geistige Ungeeignetheit des Arbeiters verursachte Unfälle;
6. durch nachfolgende Infektion verursachte Unfallmeldungen und durch nicht sofortige Behandlung kleinerer Verletzungen;
7. auf dem Wege von und zur Arbeit verursachte Unfälle;
8. durch zu schlecht bezahlte Uthordrüse verursachte Unfälle;
9. durch zu starke Übermüdung verursachte Unfälle und
10. am Montag vorkommende Unfälle.

Im Jahre 1928 seien 368 Unfälle in der Zellstofffabrik Waldhof gemeldet worden. Davon seien allein 198 auf die Gruppe 4, also mangelhafte Vorsicht des Arbeiters, entfallen. Trug im Jahre 1928 die mangelnde Vorsicht des Arbeiters noch an 56,6 Prozent aller Unfälle die Schuld, so war es möglich, durch die Aufklärungsarbeit der Unfallverhütungs-Kommission diesen Prozentsatz auf 44,6 Prozent im Jahre 1929 herabzudrücken. Die Unfallverhütungs-Kommission vertritt sich besonders durch die Belehrung der Arbeiterschaft eine wesentliche Besserung in der Unfallverhütung.

Überwachung der Betriebssicherheit.

Die Unfallverhütungs-Kommission wurde von der Direktion der Zellstofffabrik Waldhof ferner beauftragt, die Überwachung der Sicherheit des ganzen Betriebes zu übernehmen und neben der Aufklärung der Arbeiterschaft über Unfälle durch gegenseitige Verständigung Mängel und Mißstände zu beseitigen, die geeignet sind, Unfälle herbeizuführen.

Die Flut der Arbeitslosigkeit

bedroht immer noch die deutsche Arbeiterschaft. Millionen von fleißigen Händen dürfen nicht schaffen; für Millionen von Arbeitern ist im Produktionsprozeß der privatkapitalistischen Wirtschaft kein Platz; Millionen von Frauen und Kindern darben und hungern. Und immer mehr Arbeitskräfte setzt die Rationalisierung, die fortschreitende Technisierung frei. Bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten ist unumgänglich notwendig, wenn eine dauernde Besserung auf dem Arbeitsmarkt eintreten soll. Eine bessere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten ist nicht möglich ohne eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit. Der erste Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit ist

die Vermeidung von Überstunden.

Zahl der Unfälle in Waldhof.

Jahr	Zahl der Unfälle	Rückgang der Unfälle in Prozent seit 1926
1926	384	—
1927	295	23,3
1928	368	4,17
1929	271	45

Die Unfälle sind demnach von 1926 bis 1929 um rund 45 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang sei zum großen Teil auf das tatkräftige Eingreifen der Unfallverhütungs-Kommission zurückzuführen. Um dieses Resultat zu ermöglichen, war es notwendig, daß jeder Unfall von der Bedienungsmannschaft des Sanitätszimmers der Unfallverhütungs-Kommission unverzüglich mitgeteilt wurde, damit diese über die Ursachen des Unfalls sich unverzüglich an Ort und Stelle unterrichten konnte. Direktion und Betriebsrat überwachen ferner auf das genaueste, daß auch der kleinste Unfall vom Sanitätspersonal sofort registriert wird.

So weit in kurzen Zügen der Bericht der Unfallkommission der Zellstofffabrik Waldhof vom 15. Januar 1930.

Seit Jahren haben wir wiederholt bei der Besprechung der Berichte der Papiermacherberufsgenossenschaft auf ein ähnliches Zusammenwirken zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft hingewiesen. Unsere Kritik an den Berichten der Papiermacherberufsgenossenschaft hat zur Folge gehabt, daß diese uns seit Jahren die Übersendung ihrer Geschäftsberichte verweigert. Um so mehr freuen wir uns, daß in der Zellstofffabrik Waldhof mit gutem Resultat die gemeinsame Arbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft zur Unfallverhütung aufgenommen und durchgeführt wurde. Wir können nur hoffen, daß auch in den übrigen Betrieben der deutschen Papiererzeugungsindustrie recht bald solche Unfallverhütungs-Kommissionen entstehen. Wir sind überzeugt, daß es dadurch nicht nur möglich wird, die Betriebsunfälle selbst auf eine möglichst geringe Zahl herabzudrücken, sondern daß dann auch die Ursachen der Unfälle nicht nur von den Unternehmern, sondern vor allen Dingen auch von der Papiermacherberufsgenossenschaft objektiv beurteilt werden.
G. Stähler.

Papiermaschinenfahrer gelten nicht als Angestellte.

Wir hatten seinerzeit bereits im „Proletariat“ mitgeteilt, daß das Versicherungsamt Chemnitz am 31. August 1929 die Frage entschieden hat, daß Papiermaschinenfahrer der Angehörigenversicherung nicht unterstehen. Gegen diesen Entscheid hatte der Christliche deutsche Werkmeisterbund Beschwerde beim Oberversicherungsamt in Chemnitz eingelegt. Dieses hat nun in seiner Sitzung am 13. März 1930 die Beschwerde des Deutschen Werkmeisterbundes zurückgewiesen und damit anerkannt, daß Papiermaschinenfahrer als Arbeiter, nicht aber als Angestellte zu behandeln sind. Diese Entscheidung des Oberversicherungsamts in Chemnitz ist endgültig. Damit ist aber auch zu gleicher Zeit die Frage der Organisationszugehörigkeit der Papiermaschinenfahrer entschieden. Diese gehören demzufolge nicht in die Angestelltenorganisationen, sondern in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Nahrungsmittel-Industrie

Neuartige Rübenabläder für die Zuckerindustrie.

In wenigen Industriezweigen spielt die Rohstoffanfabr und -verladung eine so große Rolle wie in der Zuckerindustrie; beträgt doch der Rohstoff, also die Zuckerrübe, rund das Sechsfache des wirklich anfallenden Fertigproduktes. In einer Zuckerfabrik, die während der Hauptbetriebszeit 200 000 Ztr. Zucker herstellt, sind also 1 200 000 Zentner Rüben anzufahren und abzuladen. Das ist nach den heutigen Begriffen aber erst eine mittlere Fabrik. Größere Fabriken haben 2 Millionen Zentner Rüben und mehr bei der Verladung zu bewältigen. Hierbei waren früher große Abladekolonnen tätig.

Die Zuckerindustrie setzte daher mit der Rationalisierung auch hier in erster Linie an. Rippabläder, Dreifabläder, Wasserspülablädereinrichtungen usw. wurden geschaffen. Am praktischsten sind die Wasserspülablädereinrichtungen. Sie sind aber nur dort zu verwerfen, wo die Rübe gleich verarbeitet wird, also in der Zuckerfabrik selbst. Nun gehen aber die Bestrebungen dahin, eine Anzahl Zuckerfabriken in einem bestimmten Umkreise stillzulegen und die Rüben von den stillgelegten Betrieben in einer technisch gut ausgebauten Zuckerfabrik mit zu verarbeiten, um so die bestehenden Anlagen für längere Zeit auszunutzen. Hier war aber nun bei den Landwirten eine große Schwierigkeit zu überwinden. Sie wollen die Rüben möglichst nahe bei ihrem Hof abladen. Sollte daher eine Fabrik stillgelegt werden, dann war dieses immer die erste Schwierigkeit, die auftrat. Man hat den Ausweg gesucht, die Rüben per Bahn der Zuckerfabrik zuzuführen. Dabei war aber wieder das Umladen vom Fuhrwerk zur Bahn erforderlich. Dagegen sträubte sich die Landwirtschaft, da es ihr mehr Arbeit brachte.

Es galt, eine Umladeeinrichtung zu schaffen, die wenig Zeit und wenig Arbeitskräfte erfordert, aber nicht an die Zuckerfabrik selbst gebunden ist. Man hat Hochrampen dafür angelegt, um so durch Rippeneinrichtungen die Rüben abzuladen. Aber auch dieses kann nicht überall durchgeführt werden; außerdem ist die Anlegung einer Hochrampe mit sehr großen Kosten verbunden. Die Zuckerfabrik Stöbnitz hat nunmehr einen Ablade- oder vielmehr Umladeapparat konstruiert, der aus einem großen, transportierbaren Eisengerüst besteht. In dem Eisengerüst befinden sich Hub- und Rippeneinrichtungen, so daß die Rübe aus dem Fuhrwerk ausgehoben, hochbefördert und so über Rollen in den Eisenbahnwaggon gekippt wird.

Hierzu war aber nun erforderlich, daß auch die Fuhrwerke entsprechend dieser Einrichtung konstruiert sind. Man stellte „Lattenrost“ her, die mit Drahtseilen verbunden sind und der jeweiligen Wagenlänge angepaßt werden können. Mit diesen Lattenrosten ist es nun möglich, die ganze Rübenfuhr durch den oben bezeichneten Apparat in einem Male auszuheben, hochtransportieren, über Rollen zu leiten, daß der Schmutz zu einem großen Teile gleich abfällt, und in den Bahnwagen zu bringen. Über die Arbeit dieses Apparates sagt Herr Betriebsassistent G. Grudka (Stöbnitz), der das Funktionieren des Apparates in der „Deutschen Zucker-Industrie“ beschreibt, der wir diese Zeilen entnehmen, folgendes:

„Die mit einem Lattenrost ausgelegten Fuhrwerke werden wie sonst beladen, gemogen und fahren unter den Enklader bzw. der Enklader, der über die ganze Länge der Verladestraße verfahrbar ist, fährt über den wartenden Wagen. Der Lattenrost wird nun einerseits mit den sechs Einhängen an dem Rosthubwerk mittels Karabinerhaken festgekant. Die seitlichen „Schotten“, die ebenfalls für alle Höhen und Längen der Fuhrwerke verstellbar sind, werden angepaßt, um ein seitliches Überquellen von Rüben zu verhindern, und das Rosthubwerk in Tätigkeit gesetzt. Der Rost wird einseitig fast senkrecht nach oben gezogen und dadurch die Rüben in den Rippabläder gewälzt. Der Abläder faßt bei einer Länge von 4,5 Meter etwa 100 Zentner. Nach Herablassen des Rostes durch das Hubwerk und Zurücklegen in das entleerte Fuhrwerk wird der Rippabläder von einem zweiten Hubwerk nach oben befördert, wo er mittels seitlichen Führungsrollen zwangsläufig zum Kippen gebracht wird und automatisch zum Stillstand kommt. Die Rüben fallen nun auf einen kastenartigen in drei Etagen verstellbaren Rost. Die einzelnen Roststufen sind einfach und schnell je nach der Trockenheit bzw. Rostfähigkeit des Materials in ihrer Neigung in den weitesten Grenzen zu verstellen. Bei der Endstellung einerseits — also bei vollständigem jaloufförmigen Überinandereinanderlegen der drei Stufen — besitzt der Rost eine Neigung von 65 Grad, also genug, um Rübenabläder zum Rutschen bzw. „Kollern“ zu bringen. Dieser Rost ist an hochkantgestellten Flacheisen mit festliegenden Querverbindungen und einem lichten Abstand von 40 Millimeter zwischen den Stäben gestaltet, unterstützt durch den dreimaligen Fall, eine Schmutzabfuhr von etwa 6 bis 10 v. H., die durch die Frachterparnis fast allein die Anlage amortisiert. Die Rüben fallen in den bereitstehenden Waggon, der Schmutz durch den Schmutztrichter zwangsläufig in das unten entladene Fuhrwerk zurück. Die Mitnahme des Schmutzes, die für die Sauerhaltung der Ladestraße Bedingung ist, hat also damit zwangsläufig und streiflos eine günstige Lösung gefunden.“

In dem Aufsatz wird dann weiter gesagt, es sei möglich, ein Fuhrwerk mittels dieses Apparates in dreieinhalb bis vier Minuten „abzuladen“. Wird nun die Fuhrwerke nicht alle auf einmal ankommen, dann ist es möglich, die Lagesanfuhr laufend abzufertigen. Das lange Warten, bevor man zur Rampe kommt, ist dann, wie früher, nicht mehr erforderlich. Das brachte früher aber viel Verdruß. Dazu nahm das Abladen mit der Hand lange Zeit in Anspruch. All dieses soll durch den Apparat auf ein Minimum beschränkt werden. Zur Bedienung der ganzen Einrichtung sind je nach Leistung zwei bis vier Mann nötig, während früher eine mittlere Zuckerfabrik eine Rübenabladekolonne von 30 bis 35 Mann hatte. Nach der Beschreibung soll also der Apparat folgende Vorteile aufweisen:

1. Vollmechanische, schnelle Umladung, daher erhöhte Leistung der Spannane.
2. Trockene Umladung, daher ungeschwächte Lagerfähigkeit der Rüben.
3. Niedrige Stromkosten im Gegensatz zur Rampladung und Wegfall von Schlammseilen.
4. Billige Anschaffungskosten im Vergleich zur Rampe.
5. Verwendungsmöglichkeit auch an anderer Stelle (auch in der Fabrik für trockene Silobeladung), im Gegensatz zur Rampe, die unverschiebbar ist.

Neben anderen Vorteilen hat also dieser Apparat noch den Vorteil, daß er transportiert werden kann. Er ist also an einen bestimmten Standort nicht gebunden. Bislang wurden

Die Rüben an der Anlieferungsstelle zum Teil durch Wasser-
spülung abgeladen und dann per Bahn zur Fabrik befördert.
Das hatte bestimmte Nachteile. Auch diese fallen hier fort.
Es kann also ohne weiteres gesagt werden, daß diese Neue-
rung der Industrie große Vorteile bringen kann.

Die Herstellung dieses Apparates eröffnet nun noch
weitere Technisierungsmöglichkeiten auch in der Landwirt-
schaft. Nach dem gleichen Prinzip ist bereits eine Blatt-
abladeeinrichtung für Fuhrwerke und Lastautos konstruiert
worden. Es ist bekannt, daß man immer mehr dazu übergeht,
auch das Rübenblatt bzw. die Köpfe zu trocknen. Hierzu sind
große Anfuhrer erforderlich. Durch diese Abladeeinrichtung
kann dabei viel Zeit erspart werden. Eine ähnliche, kleinere
Anlage soll im Sommer auf einem Rittergut errichtet werden,
wo man die Rüben von 450 Morgen nach diesem Prinzip aus
dem Fuhrwerk in Lastautos umladen will. Die Lastautos
sollen dann die Rüben nach der 11 Kilometer entfernten
Zuckerfabrik bringen. In dieser Umladearbeit waren bislang
acht Mann erforderlich. In Zukunft werden diese Arbeit
zwei Mann bewältigen. Diese Anlage soll nur 5000 Mark
kosten. Diese technische Neuerung, die für die Zuckerindustrie
geschaffen wurde, kann also einschneidend hinübergreifen in
die Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft klagt ja dauernd darüber, daß sie keine
eingearbeiteten Kräfte hat. Durch diese Einrichtung kann sie
Arbeitskräfte sparen. Für die Arbeiterschaft wirken sich die
Dinge allerdings anders aus. Infolge der Technisierung wird
der Mensch immer mehr überflüssig. Es muß daran gedacht
werden, die Arbeitszeit der technischen Entwicklung anzu-
passen, wenn das Heer der Arbeitslosen nicht noch mehr
vergrößert werden soll. Hier stoßen wir aber auf den größten
Widerstand der Arbeitgeber, namentlich in der Zucker-
industrie. Diese vertreten den Standpunkt, die Arbeitszeit
muß verlängert werden, um die Produktion zu verbilligen.
Daß aber durch eine Verlängerung der Arbeitszeit das Heer
der Arbeitslosen vermehrt wird, und daß die Arbeitslosen mit
ihrem geringen Einkommen, mithin mit ihrer geringen Kauf-
kraft, nicht dafür geeignet sind, die erhöhte Produktion auf-
zunehmen, können auch die Arbeitgeber nicht bestreiten.

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Christbaumschmuckmacher sind umsatzsteuerfrei.

In der Spielwaren- und Glas-Hausindustrie werden eine
Reihe Hausarbeitgruppen zur Umsatzsteuer veranlagt.
Wegen diese unberechtigte Veranlagung haben wir im März
des vergangenen Jahres in der Christbaumschmuckindustrie
in drei Fällen Einspruch beim Finanzamt Sonneberg er-
hoben.

Bei der Rechtsmitteldurchführung haben wir drei ver-
schieden gelagerte Fälle gewählt: 1. Hausarbeiter, der nur
mit eigenen Familienangehörigen arbeitet und die Rohstoffe
selbst beschaffen muß; 2. Hausgewerbetreibender, der Mit-
arbeiter beschäftigt und die Rohstoffe selbst beschaffen muß;
3. Hausgewerbetreibender, der Mitarbeiter beschäftigt, aber
die Rohstoffe zum Teil geliefert bekommt.

Unsere Einsprüche wurden vom Finanzamt am 23. Mai
1929 als unbegründet zurückgewiesen. Die Christbaumschmuck-
macher seien nicht Arbeitnehmer, sondern selbständige Unter-
nehmer, so begründete das Finanzamt die Entscheidungen.
Wegen diese Entscheidungen haben wir beim Finanzgericht in
Rudolstadt Berufung eingelegt. Die Berufungsstelle hat
nunmehr in allen drei Fällen entschieden:

Im Namen des Reichs.

In der Umsatzsteuerfrage 1928 des Christbaumschmuck-
herstellers in Laufcha, vertreten durch den Zentralbranchen-
leiter für die Hausindustrie beim Verbands der Fabrik-
arbeiter Deutschlands, Hermann Ellein in Hannover,
Nikolaistraße 7, hat auf seine Berufung gegen die Ein-
spruchsenkung des Finanzamts Sonneberg vom 23. 5.
1929 die III. Kammer des Finanzgerichts beim Landes-
finanzamt Thüringen in der Sitzung vom 27. Februar 1930,
an der teilgenommen haben:

1. Geh. Finanzrat Dr. Mittermüller, als Vorsitzender,
2. Regierungsrat Heinemann, als ständiges Mitglied,
3. Maschinfr. Altenfeld (Rudolstadt), als ehrenamtl. Mitgl.,
4. Bürgermeister Görbert (Ilshstadt), als ehrenamtl. Mitgl.,
5. Geschäftsführ. Luckau (Schwarzja), als ehrenamtl. Mitgl.,

für Recht erkannt:

Die Einspruchsenkung und der
Steuerbescheid werden aufgehoben. Der
Kläger wird von der Umsatzsteuer frei-
gestellt.

Die Kosten der Rechtsmittel trägt das
Reich. Der Wert des Streitgegenstandes
wird auf 55,85 Mk. festgesetzt.

Bei der Einspruchs- und Berufungsbegründung haben wir
uns auf den Standpunkt gestellt, daß der Christbaumschmuck-
macher, soweit er allein oder nur mit eigenen Familien-
angehörigen arbeitet, dem Hausarbeitgesetz unterliegt und
deshalb überhaupt nicht zur Umsatzsteuer zu veranlagten sei.
Wenn der Christbaumschmuckmacher Mitarbeiter beschäftige,
sei er als Hausgewerbetreibender zu betrachten und auf
Grund des § 1 der Durchführungsbestimmungen zum Um-
satzsteuergesetz von dieser Steuer freizustellen, soweit er nicht
mehr als drei fremde Hilfskräfte dauernd oder sechs Saison-
arbeiter beschäftigt.

In seiner Begründung zu den Urteilen führt das Finan-
zgericht u. a. aus:

„Nach § 1 des Umsatzsteuergesetzes unterliegen der Um-
satzsteuer Lieferungen und sonstige Leistungen, die jemand innerhalb
der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen
Tätigkeit im Inlande gegen Entgelt ausführt. Die Voraus-
setzungen der Umsatzsteuerpflicht liegen also sowohl auf subjektivem
als auch auf objektivem Gebiete. Gewerbliche Tätigkeit im
Sinne des Umsatzsteuergesetzes ist ein von anderen Rechtsgebieten
völlig losgelöst Begriff. Er ist weder dem Handelsrecht noch
dem Gewerbeordnung entnommen, sondern reicht viel weiter.
Es handelt sich dabei um jede Art der Tätigkeit. Sie muß
nur auf eigene Rechnung und unter eigener Ver-
antwortung geleistet werden. Sie muß ferner nachhaltig
und entgeltlich erfolgen. Die Absicht der Gewinnerzielung
braucht dagegen nicht vorzuliegen. Auch auf die Art der Tätig-

keit kommt es nicht an und ebenso wenig auf die Rechtsform des
Unternehmens. Selbständig im Sinne des Umsatzsteuergesetzes ist
eine gewerbliche Tätigkeit, wenn sie auf eigene Rechnung und
unter eigener Verantwortung geleistet wird. Die Selbständigkeit
setzt also ein Tätigwerden nach außen hin im eigenen Namen
voraus. Steuerpflichtig sind mithin nur Unternehmer, und zwar
im weitesten Sinne des Wortes.“

Diesen allgemeinen Ausführungen folgt eine Schilderung
der Tätigkeit der Christbaumschmuckmacher in der Form,
daß das Finanzgericht unsere Auffassung dem Standpunkt
des Finanzamtes gegenüberstellt. Das Finanzamt sagt:

„Der Christbaumschmuckhersteller erhält seine Aufträge auf
Lieferung von Christbaumschmuck von Verlegern, die frei darüber
bestimmen, welchen Hersteller sie beauftragen wollen. Er erledigt
die Aufträge in seiner Wohnung. Wenn er nicht imstande ist,
die Aufträge allein oder mit seinen Familienangehörigen zu be-
wältigen, dann stellt er entweder fremde Arbeitskräfte (Lehr-
linge, Gesellen oder Arbeitsmädchen) ein oder gibt die Aufträge
oder Teile derselben an andere Christbaumschmuckhersteller zur
Erledigung weiter oder er beschäftigt sogenannte Aufbläser, die
rohe Glaskugeln anfertigen. Das zur Herstellung der Waren
erforderliche Material beschafft sich der Hersteller selbst. Die
Arbeitsgeräte sind sein Eigentum. Wenn er Aufträge an andere
weitergibt, so geschieht das auf seine Rechnung. Bei der Liefe-
rung an den Verleger stellt er eine Rechnung aus. Seine Be-
zahlung regelt sich nach einem Tarife, der zwischen den Ver-
legern und der Christbaumschmuckmacher vereinbart ist. Es
kommt auch vor, daß von dem Tarife ab-
gewichen wird. Die Annahme mangelhafter Ware kann vom
Verleger verweigert werden. Irgendeine Verpflichtung, nur an
einen oder mehrere bestimmte Verleger zu liefern, besteht nicht.
Der Christbaumschmuckhersteller kann seine Arbeitszeit einteilen
wie er will. Es wird zugegeben, daß Christbaumschmuckhersteller
in vereinzelten Fällen auch mit Großhändlern in Geschäftsbeziehungen
stehen.“

Wir brachten demgegenüber zum Ausdruck, daß trotz
dieser Merkmale der Christbaumschmuckhersteller kein selb-
ständiger Unternehmer, sondern Hausarbeiter im Sinne des
Hausarbeitgesetzes oder, soweit er Mitarbeiter beschäftigt,
Hausgewerbetreibender sei; daß der Hersteller sowohl wirt-
schaftlich als auch persönlich sehr stark von den Verlegern
abhängig sei, daß ihm das spekulative Moment des Unter-
nehmers fehle. Aus der Materialbeschaffung könne er keinen
Gewinn erzielen. Das Material beschaffe er nur, weil sich
der Verleger nicht damit befassen wolle. Der Hersteller freie
nach außen hin nicht wie ein einzelner Gewerbetreibender auf,
sondern als Masse. Die vorgeschriebenen Lieferfristen zwingen
ihn zur Einhaltung einer Arbeitszeit. Er unterstehe gewisser-
maßen der Kommandogewalt des Verlegers. Seine Unselb-
ständigkeit folge auch aus seiner arbeitsrechtlichen und
versicherungspflichtigen Stellung und aus der Tatsache, daß
er gewerkschaftlich dem Verbands der Fabrikarbeiter
Deutschlands angeschlossen sei. Soweit der Christbaumschmuck-
macher fremde Arbeitskräfte beschäftigt, wird die Vergünsti-
gung des § 1 der Umsatzsteuer-Durchführungsbestimmungen in
Anspruch genommen.

Das Finanzgericht Rudolstadt hat bei seiner Entscheidung
eine Teilung zwischen solchen Christbaumschmuckmachern, die
entweder allein oder nur mit Familienangehörigen arbeiten,
und solchen, die Mitarbeiter beschäftigen, nicht vorgenommen.
Es hat beide Gruppen als Hausgewerbetreibende bezeichnet,
gleichgültig, ob die Rohstoffe selbst beschafft oder ob sie vom
Unternehmer dazu gegeben werden, ob Mitarbeiter beschäftigt
werden oder nicht. Das Finanzamt Sonneberg wollte be-
kannlich für alle Christbaumschmuckmacher nur die Be-
zeichnung „selbständiger Gewerbetreibender“ gelten lassen.
Wir wollten eine Teilung zwischen „Hausarbeitern“ und
„Hausgewerbetreibenden“.

Das Urteil trägt zwar unserem Willen nicht vollkommen
Rechnung, aber es befreit trotzdem einen hohen Prozentsatz
Christbaumschmuckmacher von der Umsatzsteuer.

Das Urteil ist auch für andere Gruppen in der Glas-
Hausindustrie und der Spielwaren-Hausindustrie von Be-
deutung. Die in diesen Industrien vorhandenen Hausarbeiter
und Hausgewerbetreibenden können nunmehr von den
Finanzämtern nicht mehr als „selbständige Unternehmer“ be-
handelt werden, sondern müssen von diesen Behörden als
„Hausgewerbetreibende“ im Sinne des Umsatzsteuergesetzes
angesehen werden. Danach können solche Hausgewerbe-
treibende von der Umsatzsteuer befreit werden, die nicht
mehr als drei Mitarbeiter dauernd oder sechs Mitarbeiter
saisonmäßig beschäftigen. Über unseren Hinweis, daß der
Christbaumschmuckmacher, soweit er keine fremden Hilfskräfte
beschäftigt, überhaupt nicht zur Umsatzsteuer zu veranlagten ist,
weil in diesem Falle der Begriff „Hausarbeiter“ in Frage
kommt und das Umsatzsteuergesetz diesen Begriff nicht kennt,
hat das Finanzgericht nicht entschieden. Über diesen Punkt
wird der Reichsfinanzhof noch zu entscheiden haben.

S. Ellein.

Markthandel mit Kränzen und Kunstblumen.

Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe hat
am 1. März 1929 einen Bescheid herausgegeben, wonach der
Verkauf von Kränzen in Verbindung mit Kunstblumen auf
Wochenmärkten und in Markthallen in Frage gestellt ist.
Der Entscheid des Ministers stützt sich auf § 66, Abs. 1, Nr. 2
der VO. Der § 66 VO. bringt zum Ausdruck, daß Gegen-
stände des Wochenmarkterverkehrs sind: rohe Naturerzeug-
nisse mit Ausschluß des größeren Viehes; Fabrikate, deren
Erzeugung mit der Land- und Forstwirtschaft, dem Garten-
und Obstbau oder der Fischerei in unmittelbarer Verbindung
steht, oder zu den Nebenschäftigungen der Landleute der
Gegend gehört, oder durch Tagelöhnerarbeit bewirkt wird,
mit Ausschluß der geistigen Getränke; frische Lebensmittel
aller Art. Weiter bringt der Paragraph in seinem Schlußsatz
zum Ausdruck, daß die zuständige Verwaltungsbehörde auf
Antrag der Gemeindebehörde befugt ist, zu bestimmen, welche
Gegenstände außerdem nach Ortsgewohnheit und Bedürfnis
in ihrem Bezirk überhaupt oder an gewissen Orten zu den
Wochenmarktarbeitern gehören.

Auf Grund des § 66 der VO. in Verbindung mit dem
Bescheid des Preuss. Ministers für Handel und Gewerbe
vom 1. 3. 29 haben in der letzten Zeit die verschiedensten
Stadtverwaltungen darauf hingewiesen, daß Kränze, die zur
Aus schmückung von Gräbern dienen, nicht mehr im Markt-
verkehr gehandelt werden dürfen, obwohl dieser Brauch schon

seit Jahrzehnten an den betreffenden Orten gehandhabt
wurde, ohne daß die Aufsichtsbehörden und Kommunalver-
waltungen sich um die geltende Vorschrift des § 66 gekümmert
haben.

Wenn man den § 66 in seiner noch heute geltenden
Fassung betrachtet, so bietet sich augenscheinlich keine Mög-
lichkeit, auf Grund der Gewerbeordnung einwandfrei zu be-
stimmen, daß Kränze Wochenmarktarbeit sind. Welche
Gründe seinerzeit mitsprachen, daß auf den Wochenmärkten
Kränze gehandelt wurden, wird sich heute auch nicht mehr
feststellen lassen. Sehr wahrscheinlich dürfte der Brauch daraus
entstanden sein, daß Landleute, vor allen Dingen aber die
Gärtner, auf Wochenmärkten ihre Produkte zum Verkauf
stellten, und daß mit der fortschreitenden Entwicklung der
Zeitverhältnisse und Geschmacksanschauungen nach und nach
dazu übergegangen wurde, die bisherigen einfachen Laub- und
Tannenzweigkränze mit Blumen aus künstlichem Material
zu schmücken. Würde man ganz streng nach der Auslegung
der § 66 verfahren, so hätte schon vor Jahrzehnten, also im
Augenblick des Auftretens dieser Art von Kränzen, das
Verbot des Verkaufes dieser Kränze auf Wochenmärkten in
Erinnerung gebracht und verfolgt werden müssen. Das ist
aber nirgend geschehen. Man hat den Zustand gebildet, ja
zuweilen sogar gefördert.

Durch den Bescheid des Preuss. Ministers für Handel
und Gewerbe vom 1. 3. 29 hat sich eine Reihe Städte auf den
überholten Inhalt des § 66 VO. berufen und den Verkauf
von Kränzen, die mit Kranz- und Wachsblumen ausgeschmückt
sind, unterbunden. Diese Entwicklung hat in die Produktion
von Wachs- und Kranzblumen stark hindernd eingegriffen.
Es ist deshalb zu erwarten, daß der Bescheid des
preussischen Ministers vom 1. März 1929 zurückgezogen und
daß durch die in Frage kommenden Stadtverwaltungen der
frühere Zustand wieder herbeigeführt wird. Die oben gezeigte
Entwicklung muß als rückwärts bezeichnet werden, die der
fortschreitenden Entwicklung der Zeitverhältnisse und Ge-
schmacksanschauungen nicht Rechnung getragen hat. Der
letzte Satz des § 66 gibt die Möglichkeit, daß auf Wochen-
märkten auch solche Gegenstände gehandelt werden können,
wenn es die Ortsgewohnheit will oder Bedürfnis vorliegt.
Von dieser Möglichkeit hat der Magistrat der Stadt Han-
nover 1928 Gebrauch gemacht, indem er die Frage durch den
Bezirksausschuß klären ließ.

Der Bezirksausschuß Hannover machte auf Grund des
Vorgehens des Magistrats der Stadt Hannover am 28. Juli
1928 nachstehenden Beschluß bekannt:

XVI. W. 7. 28. Beschluß.

Gemäß § 66, Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung wird be-
stimmt, daß Kränze, die ganz oder teilweise aus natürlichen
Pflanzen bestehen, zu den Gegenständen des Wochenmarkter-
verkehrs für den Bereich der Stadt Hannover gehören, auch wenn
die verwandten Pflanzen von den Herstellern und Verkäufern
der Kränze nicht selbst gezogen wurden.

Ordnung.

Der Magistrat der Stadt Hannover hat unter dem 25. April
b. J. beantragt, Kränze aus natürlichem oder teilweise künst-
lichem Material auch dann zum Wochenmarkterverkehr zuzulassen,
wenn sie nicht aus selbst gezogenen Pflanzen hergestellt sind.

Zur Begründung führt er unter Beibringung zahlreicher
Auslagen von mit Blumenhandel in Verbindung stehenden Per-
sonen an, daß derartige Kränze seit unordenlichen Zeiten in
Hannover auf den Wochenmärkten feilgehalten seien, und daß
dieses einem Bedürfnis entspreche.

Nach § 66, Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung
mit den §§ 128, 161 des Zuständigkeitsgesetzes kann der Bezirks-
ausschuß auf Antrag der Gemeindebehörde bestimmen, daß auch
noch andere als im § 66, Ziffer 1 und 2 genannten Gegenstände
zu Wochenmarktarbeitern gehören, wenn dies der Ortsgewohnheit
und dem Bedürfnis entspricht.

Da der Verkauf von Kränzen auf Markständen, auch soweit
jene teilweise aus künstlichen Blumen oder nicht selbst gezogenen
Blumen hergestellt sind, in Hannover Ortsgebrauch ist und ein
Bedürfnis nach Beibehaltung dieser Gewohnheit wegen der
günstigeren Einkaufsmöglichkeit besteht, war dem Antrag des
Magistrats zu entsprechen.

Hannover, den 28. Juni 1928.

Der Bezirksausschuß.
(Unterschrift).

Dieser Beschluß trägt zweifellos, den seit Schaffung des
§ 66 der Reichsgewerbeordnung verändernden Zeitverhält-
nissen und Geschmacksanschauungen der Bevölkerung Rech-
nung. Er ist auch gegenwärtig noch in Kraft.

S. Ellein.

Literarisches.

„Wirtschaftsfrage, Kapitalbildung, Finanzen“, die Entwicklung
in Deutschland von 1925 bis 1930. — Für die Funktionäre heraus-
gegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allge-
meinen Freien Angestelltenbund, Allgemeinen Deutschen Beamten-
bund, 68 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allge-
meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Infelstraße 6a.
Ladenpreis 1 Mk. Organisationspreis 0,75 Mk. — Diese Broschüre
ist eine Aufklärungsschrift für diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre,
die sich mit wirtschaftspolitischen Dingen eingehender zu befassen
haben und die den Wunsch hegen, sich über die Gesichtspunkte Klar-
heit zu verschaffen, auf die es im Kampf um den Lebenspielraum
der Arbeitnehmererschaft und um die sozialen Errungenschaften der
Republik entscheidend ankommt.

Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf.
Von Dr. Theodor Cassan. Verlag: S. Meyers Buchdruckerei,
Halberstadt. Preis broschiert 10 Mk., in Halb geb. 12,50 Mk.
Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im Staats- und Wirt-
schaftsleben bringt es mit sich, daß die wissenschaftliche Forschung
sich mehr und eingehender als früher mit dem gewerkschaftlichen
Organisationswesen und dessen Problemen beschäftigt. Wohl hatten
wir bereits reichhaltiges Material über die Geschichte und auch über
die Theorie und Praxis der Gewerkschaften; aber wir hatten er-
klärlicherweise keine streng wissenschaftliche Untersuchung über das
Wirken und den Einfluß der Gewerkschaften auf Staat, Gesellschaft
und Wirtschaft. Es fehlten klare Darstellungen über die schöpferi-
schen, wirkenden Kräfte im Gewerkschaftswesen. Ausblicke auf
ein Ziel oder auf bestimmte Ziele, Taktik und Möglichkeiten zur
Erreichung dieser Ziele, das sind Probleme, die der Unternehmung
wert sind. Theodor Cassans vorzügliches Buch erscheint jetzt in
zweiter Auflage, ein Beweis, daß das Buch eine wichtige Aufgabe
in der Gewerkschaftsliteratur glänzend erfüllt. Cassan hält mit
Kritik und Tadel nicht zurück, wo er glaubt, daß sie notwendig
sind. Er beschäftigt sich mit allen der Gewerkschaftsbewegung neu
erwachsenen Aufgaben in der Nachkriegszeit. Besonders inter-
essant ist das Kapitel „Soziologie der Gewerkschaftsbewegung“ für
die Gewerkschaftsführer und -funktionäre. Das Buch Cassans be-
deutet eine Bereicherung für die gewerkschaftliche Literatur, denn
es will uns behilflich sein bei der Findung des richtigen Weges und
der richtigen Mittel zur Lösung unserer neuen Aufgaben.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Wochenendstimmen.

Sechs Tage vorbei,
und einer ist frei,
und einer ist mein.
Darf lachen und fröhlich sein
und jede Stunde mit weih'n.

Sechs Tage sind aus.
Still sei es zu Haus;
denn ich möchte ruh'n,
nichts anderes nun.
Ach, wie tut
Stille und Ruhe so gut.

Und ist ein Tag mein,
ich kann nicht froh sein.
Nichts bleibt in Händen,
ein bißchen Lust uns zu spenden,
ein bißchen Glanz uns zu leisten.
— So geht es den meisten.

Sechs Tage gesponnen.
Alles zerronnen,
eh' was gewonnen. —
Nichts gewonnen. —
Erich Meyer.

Blinde Kritik.

Von Ernst Hallenstein.

Es war an einem schönen Sommer-tage
Da haben wir's, da falle ich richtig in den alten Jopf der
Stimmungsmache. Was das den „lieben Leser“ schon interessiert,
ob es an dem Tage der zu schilbernden Begebenheiten kalt oder
heiß war, ob die Sonne schien oder nicht. — Nein, die schien eben
nicht, es war ein sogenanntes Sa, sagen wir Skatwetter,
bei dem in jedem Hause das Telefon ungeduldig schrillt, denn es
wird ein dritter Mann gesucht. Na ja, was soll man denn auch
bei so einem Wetter Besseres machen? Ich will damit aber auch
nicht die Behauptung aufstellen, daß bei den lieben Deutschen erst
schlechtes Wetter eintritt, um „Besseres“ zu machen!

In einem solchen Tage war es, als eine heitere Gesellschaft
dem mißvergnügten Petrus eine lange Nase drehte und sich auf
Spitz in den „Seestern“ flüchtete, um die Feindschaft draußen durch
eine solche im Innern zu paralysieren.

Wenn ich dem Leser verrate, daß die Gesellschaft sich aus
Sängern, Schauspielern, Musikern und Journalisten zusammensetzte,
so erübrigt sich die Erklärung, daß die Stimmung dabei nicht die
einer Frühlingsfeier, sondern eine durchaus feuchtschlämische war.

Ein Scherz löste den anderen ab, Lebenserinnerungen,
Anekdoten folgten einander in bunter Reihe. Plötzlich beschrieb
die Bahn des Humors eine Kurve und lenkte in das Journalistische
über.

Ich weiß nicht mehr, wie es kam, aber ein Jünger Thaliens
nahm plötzlich das „süß-lanere“ Wort Kritik in seinen so berechneten
Mund, und ehe man sich versah, entstand eine Redeschlacht zwischen
Männern, Sängern und Journalisten, die ziemlich lange hin und
her wogte.

Es war eine Kritik der Kritik.
„Kritik muß eigentlich vor allem blind sein, wie die heilige
Themis“, rief plötzlich ein prominenter Heidenvater mit über-
zeugendem Bräutigam, „Kritik muß unbestechlich sein, nicht links,
nicht rechts blicken, unentwegt nur das Objekt, die Leistung im
Auge haben und sich durch nichts beeinflussen lassen!“

Alle lachten, und besonders bei den Schauspielern war das
Lachen mit etwas Ironie durchwachsen. Sie stießen mit den Gläsern
an und riefen, ohne damit bei den Journalisten anzustoßen: „Es
lebe die blinde Kritik!“

Am Tische sah noch ein Gast, der bisher stumm geblieben und
nur schmerzhaft unserem Gespräch folgte, ohne sich mit einem Für
oder Wider zu beteiligen. Es war der berühmte Geigenvirtuose G.,
einer unserer bedeutendsten Konzertisten.

Plötzlich erwachte er aus seiner schmerzhaften Teilnahmslosigkeit
und sagte: „Lassen Sie mich, meine Herren, es gibt eine blinde
Kritik, ich habe sogar Gelegenheit, sie an eigenen Leiden zu er-
fahren. Lassen Sie mich erzählen.“

Er packte sich eine neue Zigarre an, bestellte sich das fünfte
Glas Whisky und begann:

„Es sind jetzt etwa drei Jahre her — ich hatte am Abend
vorher in Berlin ein Konzert gegeben, als ich morgens eine ein-
fache Frau bei mir melden ließ mit der Bitte, ihren Sohn, der
durchaus Musiker werden wollte (der Knirps), zu unterrichten. Er
habe mich gestern abend in meinem Konzert gehört und sich in den
Kopf gesetzt, nur bei mir Unterricht nehmen zu wollen (ich trauste!).
Des Ärgers der guten Frau dachte nicht darauf hin, daß sie das
bei mir gebührende Honorar zahlen könne. Da ich aber eine
große Anzahl sehr gut leistungsfähiger Schüler hatte, so daß ich mir in
diesem Falle schon eine gewisse Stelle für den jungen Mann leisten
konnte, nahm ich ihn honorarlos an.“

Glücklicherweise verließ mich die Mutter und brachte mir schon
am nächsten Tag ihren Sohn.

Es waren noch keine vier Wochen ins Land gegangen, als mich
eine Mutter wieder besuchte.

„Nun, liebe Frau“, sagte ich, „Sie wollen sich wohl erkundigen,
wie sich Ihr Sohn macht?“

„Ja, Herr Professor, das natürlich wohl auch, aber außerdem
komme ich mit einer recht großen Bitte.“

Sie drückte lange herum, und ich merkte ihr an, daß es ihr
schwer wurde, mir „an Knirpsen herauszurücken.“

Herr Professor, meinte sie schließlich, „sehen Sie, was ja
mein Mann ist, der hat wegen seines jetzigen Geburts und
da möchte ich zu gerne, daß ihn mein Junge etwas vorplatze!“

Ich warf innerlich herzlich lachen über die Naivität der guten
Frau. Schließlich sagte ich:

„Liebe, liebe Frau, wie denken Sie sich das eigentlich? Der
Junge ist doch erst drei Wochen bei mir und braucht mindestens
ein Jahr, um über die größten Anfangsgründe hinauszuweisen.
Kommen Sie mal nach zwei bis drei Jahren wieder. Wenn er
ständig war, kann ich Ihnen vielleicht Ihren Wunsch erfüllen, aber
heute“

Die Mutter wurde ganz verlegen und stotterte:
„Herr Professor, müssen mich nicht für ungebildet halten. Das
kann ich mir wohl auch an den Fingern abzählen, aber“
Sagen Sie, Herr Professor, was mein Mann ist, der ist nämlich
seit acht Jahren vollständig blind — und da — da dachte ich
mir — da dachte ich — wenn nun der Herr Professor
vielleicht die Güte hätte, statt meines Jungen so ein kleines ein-
faches Klavier zu spielen, da würde sich der alte blinde Mann so
freuen.“

Ich glaubte falsch verstanden zu haben, doch als sie die Bitte
noch dringlicher wiederholte, sagte ich: „Ja, liebe beste Frau, wissen
Sie denn eigentlich, was Sie da von mir verlangen? — Das wäre
ja Betrug!“

„Aber ein frommer Betrug!“ meinte sie. „Bitte, Herr Professor,
tun Sie's doch! Er steht's ja nicht!“

Die Frau war so rührend in ihrem Wunsch, daß ich mich
schließlich umstimmen ließ und — verdammen Sie mich nicht, meine
Herren, Sie hätten's auch getan — meine Mitwirkung bei dem
„frommen Betrug“ zusagte. Hatte ich doch so oft vor tauben Ohren
gepielt, warum nicht einmal vor einem Blinden?!



Ich ließ am nächsten Tage meine Geige heimlich in die Wohnung
der beiden guten Leuten schaffen, schlich mich ins Zimmer, setzte
mich hinter eine hohe spanische Wand und begann mein früheres
Werk. Ich spielte ein einfaches Kinderlied. Sie dürfen es mir
glauben, meine Herren, Sarafate und Daganai kosteten mich bei
meinen großen Konzerten nicht soviel Schweißtropfen wie dieses
kleine Intermezzo.

Ich hatte das Lied beendet. Es entstand eine lange Pause.
Der alte blinde Mann räusperte sich erst ein paarmal, und
dann sagte er:

„Giebste, Anguste, ich hab' dir'sch immer gesagt, der Frische hat
keem Talent nich!“

„Gehen Sie, meine Herren, das war blinde Kritik!!! — — —“

„Woher ich den Mut nahm, nach dieser niedererschmetternden
Kritik noch Konzerte zu geben, weiß ich heute noch nicht!“

Hunger.

Das „Hier-Männer-Buch“ des „Bücherkreises“ ent-
hält Erlebnisnovellen von vier verschiedenen Arbeiter-
dichtern. Die folgende Erzählung ist den Jugend-
erinnerungen des Schöpfers Adam Scharrer
entnommen. Die Novelle hat den Titel „Nach eine
Jugend“ und spielt in der Zeit vor dem Kriege.

So kam ich von einem Ort zum anderen. Arbeit fand ich
nirgend — rechnete auch nicht mehr damit. Um so mehr war ich
überrascht, als mich in Pirajens der Chef einer kleinen Maschinen-
fabrik gütiglich lächelnd ansah und mir bedenkete, ein wenig zu
warten. Er ging in die Fabrik und kam nach einigen Minuten
wieder zurück.

„Wollen Sie mitklich arbeiten?“ sagte er. Darauf war ich gar
nicht gefaßt. Ich hatte zwanzig Pfennig und rechnete hier bestimmt
mit einem Groschen, aber auf keine Arbeit. Ich mußte mich erst
von dieser Überraschung erholen. „Selbstverständlich“, sagte ich dann.

„Wo haben Sie — wo gelernt?“ fragte er nun.

Ich zeigte ihm stolz mein Gesellenprüfungszeugnis.

„Gut“, meinte er dann, „kommen Sie morgen früh um 7 Uhr.
Papiere können Sie gleich dalassen.“

Als ich wieder draußen war, mußte ich mich erst zurechtfinden.
Arbeiten wollte ich natürlich auf jeden Fall, aber zum Beifall hatte
ich keine Lust mehr. Diese eine Nacht kannst du noch einmal
draußen schlafen, dachte ich, und morgen hast du ja Arbeit. So
tat ich denn auch. Nicht nur den einen Tag, sondern jeden Tag.

Die Arbeit selbst war mir neu. Wir bauten Schuhmaschinen,
und ich bekam die Fräsmesser anzufertigen, mit denen die ver-
schiedenen Formen von Schuhabsätzen geformt werden. Die Arbeit
mußte ich erst kennenlernen, und in meiner Angst, nicht fertig zu
werden, vernied ich alles, was mich meiner Ansicht nach in
„schlechtes Licht“ setzen konnte. Ich wartete geduldig, bis der Zeh-
tag herankam, trotzdem ich keinen Pfennig Geld mehr hatte. Aber
ich hatte keinen Mut, Vorstoß zu verlangen.

Zwei Tage lang lebte ich von meinen zwanzig Pfennig. Jeden
Tag für einen Groschen Brot, abends klang ich kirchen, bevor
ich schlafen ging. Am dritten Tag hatte ich auch kein Brot mehr,
und ich nahm mir vor, abends zu beifeln.

Trotzdem ich an das Kohlbampfchieben schon gewöhnt war,
war man mir das angesehen haben, denn kurz vor Frühstück fragte
mich ein alter Schloffer: „Sag einmal, Sperber, wo wohnst du
eigentlich?“

„Im Gewerkschaftshaus“, log ich. Aber das muß nicht sehr
überzeugend gewesen sein, denn er lachte mich gütig an und
fragte weiter: „Hast du denn Geld?“ und dann: „Sind die Betten
im Gewerkschaftshaus mit Hen gestopft?“

Während er so fragte, zog er mir eine lange Hensträhne aus
der Hofe.

Da war es mit meiner Fassung aus, und auch der alte Schloffer
sahen was zu merken. „Reichen“, meinte er gütig, „da geht
ja kaputt, warum sagst du nichts? Dir guckst ja der Hunger aus
den Augen.“

Mit diesen Worten gab er mir seine Frühstücksbrot. Dann
ging er für mich zusammen und brachte mir später eine Mark feschig.
Er konnte mich aber nicht gleich finden, denn irgendwie mußte ich
meiner inneren Bebrängnis Luft machen. Ich konnte mich gerade
noch auf die Toilette retten und von innen zurückgehen. Dort sah

keiner, wie ich meinte. Warum ich meinte, wußte ich eigentlich gar
nicht. Aber mir war nachdem wohler. Und ich konnte ruhig essen.

Gleich darauf mußte ich zum Chef kommen. Man hatte ihn
von meiner Lage unterrichtet, und der junge Inhaber empfing mich
mit den Worten: „Warum kommen Sie nicht selbst, wenn Sie
einen Wunsch haben?“

Ich war erkaunt. „Ich habe keinen“, sagte ich dann.

„Sie haben doch keine Wohnung und nichts zu essen“, meinte
er nun mit Nachdruck, „und haben trotzdem keinen Wunsch?“

Mittlerweile wurden mir die Zusammenhänge klar, daß man
ihn verständig hatte. Aber ehe ich etwas erwidern konnte, fragte
Schaaf junior — so war sein Name — weiter: „Wenn es Ihnen
recht ist, können Sie bei meinem Schwiegervater, einem Restaurateur,
wohnen. Ich werde heute mittag mitkommen und mit ihm sprechen.
Sind Sie damit einverstanden?“

Ich war selbstverständlich einverstanden und ging mit. Was
für mich von Bedeutung war, war gar nicht die Wohnung, und auch
nicht das Essen — mit meinen sechzehn Groschen hätte ich zwei Tage
bis zum Jahltag sehr wohl gereicht; für mich war wichtig, daß man
irgendem Interesse an mir hatte, und daraus schloß ich, daß ich die
Arbeit behalten konnte. Ich hätte aufschreien mögen vor Freude.

Humoristische Ecke.

Feldmarschmächtig im Hemd.

In einer Garnison kamen des öfteren Erkrankungen vor, weil
die Mannschaft die Gewohnheit hatte, ohne weitere Bekleidung
frisch vom Bett heraus den Ort aufzusuchen, der etwas abgelegen
war. Deshalb erging der Regimentsbefehl: „Wer des Nachts
außerhalb des Bettes ohne Mantel betreten wird, wird mit drei
Tagen Mittelarrest bestraft.“

Nun ist aber der Mantel fast stets festgerollt auf den Tornister
geschlankt, und es kostet nicht wenig Mühe, ihn zu rollen und zu
befestigen. Was tat die Mannschaft? Sie ging nun, den Tornister
samt gerolltem Mantel auf der Schulter, an den verschwiegenen Ort.

Vorkennnisse erforderlich.

Feldwebel (von der Befehlsausgabe im Regimentsbüro zurück-
gekehrt, zur angetretenen Kompanie): „Wer von euch hat schon
Werke über Polarforschungen gelesen?“

Soldat X (im Zivilberuf Buchhandlungskommiss): „Ich, Herr
Feldwebel, Nansen, in Nacht und Eis!“

Feldwebel: „Gehr schön, melden Sie sich sofort beim Kasernen-
wärter Y zum Schneeschaukeln.“

Der Schuhmann winkt.

Die Dresdner Karolabrücke ist an ihrer Altstädter Mündung
links und rechts mit zwei Kolossalfiguren verziert. Die linke Figur
stellt Poseidon dar, die Wogen aufpeitschend, eine mächtige Keule
schwingend.

Als ein biederer Dresdner Pensionär seinen Schwager aus
der Provinz bei sich zu Besuch hat und ihn in der Stadt herum-
führt, kommen sie auch an dieses Monument.

„Was hat diese Figur zu bedeuten?“ fragt der Schwager.

Der Dresdner gerät einen Moment in peinliche Verlegenheit,
gleich gewinnt er aber seine residenzstädtische Überlegenheit wieder
und meint:

„Ja, siehste, mei Guder, das is ganz eefach. Der Mann, der
die Geule schwingen tut, der scheltet die Polizeigewalt dar, un jeder,
der links gehen tut, kriegt von ihm sozusagen eens uff'n Gopp.“

Literarisches.

Aus der Werkstatt der Natur. Es ist vieler besser geworden
in unseren Schulen, aber auch der heutige Unterricht kommt nicht
über das A B C der Naturerkenntnis hinaus. Es ist deshalb zu be-
grüßen, daß die Büchergilde Gutenberg Berlin jetzt eine gemein-
verständliche Einführung in die Naturwissenschaften herausgebracht
hat, ein reich illustriertes Dreimarkbuch „Aus der Werkstatt der
Natur“ von Hermann Drechsler.

Der Autor, der sich als Mitarbeiter der Zeitschrift „Urania“
einen guten Namen gemacht hat, gehörte schon vor dem Kriege
zu den wenigen sozialistischen Schriftstellern, die sich auf das Ge-
biet der Naturwissenschaften wagen und denen es gegeben ist, das
sich selbst erarbeitete Wissen in leicht verständliche und anregende
Form zu fassen. Sein Buch ist das Resultat jahrzehntelanger
wissenschaftlicher Arbeit, aber nie ist es trocken und uninteressant.
Drechsler versteht es, plaudernd in die schwierigsten Partien einzu-
führen und die erstarrte Materie lebendig werden zu lassen. Ob er
vom Aufbau der Erdkruste erzählt oder vom Alter der Erde, vom
Wind und Wetter, immer spürt man, daß der Autor kein aus
Büchern gelerntes Wissen vorträgt, sondern daß er im Buch der
Natur zu blättern weiß. Besonders die Alpen sind seine großen
Lehrmeister. Wenn er beschreibt, was er dort gesehen und erkannt
hat, dann tritt das Erlebnis aus jeder Zeile. Er beobachtete die
Kleinheit des Wassertropfens, der in Jahrhundertlang Millionen
Kubikmeter in Bewegung versetzt, die Bergriesen zertrümmert und
das Geröll der steinernen Ruinen mit den Flüssen und Strömen
in die Ebene hinausschickt. Aber er studierte auch das Kleinste
und Winzigste, das Leben der Amöben-Schleimklumpen, die Ent-
wicklung und Veredlung des Plasmas, und wir erfahren von Zucht-
wahl, Embryologie, Vererbung und von der Entwicklung der
Sprache. Drechsler widmet den ausgestorbenen Tieren und Pflanzen
ein Kapitel, er geht in einem Abschnitt über Braumachensämpfe
und Moore den Spuren vom Werden und Vergehen nach und
schließt dem uralten Block ein Kapitel Gezeit ab. Wanderungen
in der schönen Natur beschließen das feiselnde Buch, Wanderungen,
in denen der Autor die tausend Alltäglichkeiten der Natur neu
entdeckt und uns zu erfrischenden Erlebnissen werden läßt. Zahl-
reiche Abbildungen nach photographischen Aufnahmen des Ver-
fassers unterstützen die anschauliche Darstellung. Dem Buche ist ein
großer Erfolg sicher.

R. Abramowitsch: „Die politischen Gefangenen in der Sowjet-
union“. Mit einem Vorwort der Vorsitzenden der „Kommission zur
Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen“, Senator Louis
de Brockère (Brüssel) und Arthur Crispin, M. d. R. (Berlin).
Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin 1930. 52 Seiten, Preis 60 Pf.
Die im Auftrage der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ver-
faßte Broschüre ist eine Anklage gegen das System des Terrors,
das in Sowjetrußland zu einer ständigen Einrichtung geworden ist.
Wer das Wesen der bolschewistischen Diktatur in Rußland ver-
stehen will, wird in dieser Broschüre wertvolles Aufklärungsmat-
erial finden.

(303) Literaturverzeichnis der nationalen und internationalen
Gewerkschaftsbewegung. Das Märzheft der Monatschrift des
Internationalen Gewerkschaftsbundes enthält eine ausführliche Über-
sicht der wichtigsten Literatur der nationalen und internationalen
Gewerkschaftsbewegung. Interessenten können unter Angabe der
Sprache (französisch, englisch oder deutsch) kostenfrei ein Exemplar
erhalten beim Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes,
Amsterdam, Leffelshabestraat 31.